

22. Parteitag der DKP

2. – 4. März 2018, Frankfurt/Main



Arbeitsheft 3.3

Anträge zum Leitantrag

***Die Offensive des Monopolkapitals stoppen.
Gegenkräfte formieren. Eine Wende zu Friedens-
und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und
sozialem Fortschritt erkämpfen.***

★ LA171 - LA265



Inhalt

Anträge LA171 - LA265

1 **Antrag Nr. LA171**

2 **Antragsteller: LMV Berlin**

3 **Zeilen 604–607:**

4 **Antragstext:**

5
6 Streichung des Satzes „Dazu gehört auch, dass die DKP die Stationierung von US-
7 Atomwaffen und Militärbasen auf deutschen Boden, von denen aus völkerrechtswidrige
8 Angriffskriege geführt werden.“

9
10 **Begründung:**

11 Die Forderung kommt später im Absatz 900–905 vor.

12
13 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

14 Ablehnung

15
16 **Begründung:**

17 Siehe Antrag LA170

18
19 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

20
21
22 **Antrag Nr. LA172**

23 **Antragsteller: KMV Regensburg**

24 **Zeilen 604–607:**

25 **Antragstext:**

26
27 Streichen: „Dazu gehört auch ... die nationale Souveränität der BRD benennen.“

28
29 **Begründung:**

30 Die Frage der US-Atomwaffen ist im Zusammenhang mit unserem Kampf gegen die
31 nationale Demagogie eine sehr nachrangige. Da andere Argumentationsstränge nicht
32 aufgezeigt werden bekommt sie hier eine unangemessene Bedeutung. Außerdem sollte
33 die Argumentation mit der „nationalen Souveränität“ sehr genau überlegt sein, gerade
34 weil sie von Nazis benutzt wird. Die Stationierung der US-Waffen wird der BRD nicht
35 aufgezwungen.

36
37 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

38 Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA170

39
40 **Begründung:**

41 Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

42
43
44 **Antrag Nr. LA173**

45 **Antragsteller: GO Stuttgart Süd**

46 **Zeilen: 604–607**

47 **Antragstext:**

48
49 Satz streichen

50
51 **Begründung:**

52 Der Satz steht in keinem sinnvollen Zusammenhang zum Satz davor. Er impliziert, dass
53 die nationale Souveränität und das Grundgesetz unsere Kriterien dafür sind, ob Atom-
54 waffen und Militärbasen des US-Militärs akzeptiert werden sollten. Lässt man sich je-
55 doch auf diese Argumentationslinie ein, befindet man sich bereits auf dem Holzweg.
56 Zum einen haben wir weit bessere Argumente zu nennen als nationale Souveränität und
57
58

59 Grundgesetz, zum anderen lassen sich mit einem Bezug darauf durchaus auch verschiedenste
60 Positionen vertreten, die unseren Interessen entgegenstehen!

61
62 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

63 Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA170

64
65 **Begründung:**

66 Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:
67

68
69
70 **Antrag Nr. LA174**

71 **Antragsteller: Gruppe Rostock**

72 **Zeilen 606–607:**

73 **Antragstext:**

74
75 Streichung der Passage „... und somit als Verstoß gegen die nationale Souveränität der BRD
76 ...“

77 **Begründung:**

78 Es ist nicht Aufgabe deutscher Kommunisten, sich über die „nationale Souveränität der BRD“
79 zu sorgen und damit den Eindruck zu erwecken, eine solche „nationale Souveränität“ sei eine
80 klassenneutrale Angelegenheit. Die Interessen der deutschen Werktätigen und der anderen
81 nichtmonopolistischen Bevölkerungsteile in Deutschland sind in erster Linie gegen die deut-
82 sche Monopolbourgeoisie durchzusetzen, deren sog. nationale Souveränität mit unseren Inter-
83 essen schlicht unvereinbar ist. Wo es darum geht, der friedensgefährdenden militärpolitischen
84 Zusammenarbeit zwischen imperialistischen Mächten (auch) auf deutschem Boden entgegen-
85 zutreten – was wir selbstverständlich unterstützen –, reicht es völlig aus, auf das Grundgesetz
86 (und das in ihm verankerte Friedensgebot) hinzuweisen.
87

88 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

89 Ablehnung

90
91 **Begründung:**

92 Siehe die Begründung: zu LA165
93

94 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**
95
96
97

98 **Antrag Nr. LA175**

99 **Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg**

100 **Zeilen 609–612**

101 **Antragstext:**

102
103 Neu fassen wie folgt: Faschistische Bewegungen und Parteien und ihre Vorfeldorganisationen
104 bilden eine Reserve der Monopolbourgeoisie, um die Arbeiterbewegung und demokratische
105 Kräfte zu unterdrücken und zu spalten, unter anderem durch Rassismus und Chauvinismus in
106 verschiedensten Spielarten.“
107

108 **Begründung:**

109 Reaktionäre Bewegungen sind auch die CDU/CSU oder z. B. die „Initiative Neue Soziale Markt-
110 wirtschaft“; deshalb sind sie aber noch nicht Faschisten. Sie zählen nicht zur „Reserve“, son-
111 dern sind alltägliche Träger von Herrschaft bzw. Hegemonie. „Reserve“ sind aber Bewegungen
112 und Parteien, die diktatorische Herrschaftsformen des Kapitals anstreben bzw. bewusst vor-
113 bereiten. Um diese geht es hier.
114

115 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

116 Ablehnung

Begründung:	117
Die AK teilt die Intention der Antragsteller nach Differenzierung zwischen offen faschistischen und „reaktionären“ Bewegungen und Organisationen. Sie ist jedoch der Ansicht, dass die Antragsteller sich in diesem Punkte irren.	118
Sicherlich ist z. B. die AfD eine reaktionäre Organisation und somit auch Teil einer „Reserve“ für einen weiterreichenden Rechtsruck. Sie unterscheidet sich aber dennoch von tatsächlichen faschistischen Parteien, die mit dem Instrument des offenen und systematischen Terrors operieren, auch wenn die AfD eine Scharnierfunktion gegenüber dem Faschismus einnimmt. Diese Differenzierung ist notwendig, wenn wir nicht alte Fehler aus den frühen 30er Jahren wiederholen wollen, als bereits die Papen- und auch vorher schon die Brüning-Regierung von uns als „faschistisch“ bezeichnet wurden.	119 120 121 122 123 124 125 126 127
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	128 129 130 131 132
Antrag Nr. LA176	133
Antragsteller: MV Kiel	134
Zeilen: 615	135
Antragstext:	136 137
Streichung des Nebensatzes „sich am Marxismus und Leninismus orientierende“ Kräfte richtet.	138 139
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	140
Ablehnung	141 142
Begründung:	143
Es gibt keine Begründung: für den Streichungsvorschlag, auf die seitens der AK reagiert werden könnte.	144 145 146
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	147 148 149 150
Antrag Nr. LA177	151
Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg	152
Zeilen 619–626	153
Antragstext:	154 155
Neu fassen wie folgt: Wir haben gleichzeitig zu beachten, dass „vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel eine Reihe von Vorbereitungsstapen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus unmittelbar fördern. Wer in diesen Vorbereitungsstapen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern, der erleichtert ihn vielmehr.“ (Georgi Dimitroff)	156 157 158 159 160 161 162 163
Begründung:	164
Die faschistische Option als Krisenausweg des Kapitals zu sehen, hat nichts mit Täuschung oder Selbsttäuschung über Elemente einer schrittweisen Faschisierung zu tun. Wir müssen im gegebenen Fall in der Lage sein, beides rechtzeitig zu erkennen und einzuordnen.	165 166 167 168
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	169
Annahme	170 171
Begründung:	172 173
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	174

175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232

Antrag Nr. LA178

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

Zeilen 635–639

Antragstext:

Neu fassen wie folgt: Wenn die nationale Frage die Klassenfrage überdecken soll, wie es schlechte bürgerliche Tradition ist, dann setzen wir Kommunistinnen und Kommunisten dem die Erfahrung der gemeinsamen Ausbeutung der Arbeiterklasse und der werktätigen Schichten des Volkes durch das Monopolkapital entgegen.“

Begründung:

„Bedrängnis“ klingt u. E. etwas theatralisch. Tatsächlich geht es doch um Ausbeutung; deshalb kann der Satz hier vereinfacht werden.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA179

Antragsteller: Gruppe Münster

Zeilen: 641

Antragstext:

Der Ausdruck EU-Nationalismus soll, wenn er hier verwendet wird, in Anführungsstrichen gesetzt werden.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA180

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

Zeilen 641–643

Antragstext:

Neu fassen wie folgt: Alle drei Varianten spielen für die Herrschaftssicherung der imperialistischen Bourgeoisie im eigenen Land und in der EU eine zentrale Rolle.“

Begründung:

4. Eine Rolle kann man spielen, aber nicht bilden.

5. Es geht um Nationalismus als Spaltungs- und Herrschaftsinstrument und nicht um die Begründung: von Herrschaftsansprüchen.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA181

Antragsteller: BMV Nordbayern

Zeilen 645–652:

Antragstext:

Streichen: Nationaler Nihilismus, die Kehrseite des Nationalismus, wie er in weiten Teilen der kleinbürgerlichen Linken vorherrscht, ist mit dieser Strategie der Spaltung kompatibel und stützt – gewollt oder nicht – die imperialistische Offensive. Damit haben Kommunistinnen und Kommunisten nichts zu tun. Wir gehen vom Primat des Klassenkampfes aus, der zugleich national und international zu führen ist. Die „fremdländischen“ Mitstreiterinnen und Mitstreiter sowie die „ausländischen“ Kolleginnen und Kollegen stehen uns näher als jeder deutsche und ausländische Ausbeuter.

Ersetzen durch: Die Reaktionen auf den Nationalismus, wie sie in Teilen der politischen Linken vorkommen, spielen diesem jedoch – gewollt oder nicht – in die Hände, indem sie dieses Feld des ideologischen Klassenkampfes kampflos den Herrschenden überlassen. Solche Reaktionen leugnen die Existenz der Nation und der nationalen Frage überhaupt und/oderschließen die Möglichkeit ihrer klassenmäßigen Beantwortung vom Standpunkt der Arbeiterklasse kategorisch aus. Sie torpedieren Versuche dazu, indem sie diese als nationalistisch verunglimpfen. Damit haben Kommunistinnen und Kommunisten nichts zu tun. Unsere Kolleginnen und Kollegen, unabhängig von ihrer Herkunft, sind Teil der Arbeiterklasse unseres Landes. Mit der Arbeiterklasse anderer Länder verbindet uns unser proletarischer Internationalismus. Mit all diesen Arbeiterinnen und Arbeitern stehen wir somit objektiv auf einer Seite gegen deutsche und ausländische Ausbeuter.

Begründung:

„Nationaler Nihilismus“ muss konkreter definiert werden.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme mit Änderungen in folgender Form:

Nationaler Nihilismus, die Kehrseite des Nationalismus, wie er in weiten Teilen der Linken vorherrscht, ist mit dieser Strategie der Spaltung kompatibel und stützt – gewollt oder nicht – die imperialistische Offensive. Darüber hinaus überlassen Teile der Linken dieses Feld des ideologischen Klassenkampfes kampflos den Herrschenden, schließen die Möglichkeit ihrer klassenmäßigen Beantwortung vom Standpunkt der Arbeiterklasse kategorisch aus und verunglimpfen die nationale Frage als Nationalismus. Damit haben Kommunistinnen und Kommunisten nichts zu tun. Unsere Kolleginnen und Kollegen, unabhängig von ihrer Herkunft, sind Teil der Arbeiterklasse unseres Landes. Mit der Arbeiterklasse anderer Länder verbindet uns unser proletarischer Internationalismus. Mit all diesen Arbeiterinnen und Arbeitern stehen wir somit objektiv auf einer Seite gegen deutsche und ausländische Ausbeuter.

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA182

Antragsteller: Gruppe Münster

Zeilen: 645–646

Antragstext:

Streichung in Zeile 645–646

... wie er in weiten Teilen der kleinbürgerlichen Linken vorherrscht.

Begründung:

Die bloße Zuordnung zur „kleinbürgerlichen Linken“ ist hier einengend. Neben solchen Kräften

291 existieren auch andere Kräfte, die zu dieser Indifferenz neigen oder sie vertreten.

292

293 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

294 Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA181

295

296 **Begründung:**

297

298 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

299

300

301

302 **Antrag Nr. LA183**

303 **Antragsteller: GO Stuttgart Süd**

304 **Zeilen: 645–649**

305 **Antragstext:**

306

307 Zeilen 645–649/Absatz streichen

308

309 **Begründung:**

310 Der Begriff des „Nationalen Nihilismus“ kann nicht vorausgesetzt werden und wird an keiner

311 Stelle definiert. Er kann in einem Text, in dem (zumindest in der jetzigen Version) von „nationaler

312 Souveränität der BRD“ die Rede ist, auch falsch verstanden werden.

313 Das Wesentliche des Absatzes ist bereits davor formuliert, eine Streichung wäre kein Verlust.

314

315 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

316 Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA181

317

318 **Begründung:**

319

320 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

321

322

323

324 **Antrag Nr. LA184**

325 **Antragsteller: Kreis Dortmund**

326 **Zeilen: 645–648**

327 **Antragstext:**

328

329 Streichung bis „...nichts zu tun.“

330

331 **Begründung:**

332 Der Absatz bisher stellt eine reine Polemik gegen Teile der Linken dar, die weder notwendig
333 noch gut begründet ist.

334 Dieser Antrag erledigt sich, wenn der Antrag der DKP Dortmund Nord zu den Zeilen Z. 598–652
335 angenommen wird.

336

337 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

338 Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA181

339

340 **Begründung:**

341

342 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

343

344

345

346

347

348

Antrag Nr. LA185	349
Antragsteller: WG Hamburg Nord	350
Zeilen 645–652	351
Antragstext:	352
	353
Streichen und ersetzen durch: Wir führen den Klassenkampf zugleich national und international gegen das deutsche und das internationale Kapital. Unsere Kolleginnen und Kollegen, egal welcher Herkunft oder Abstammung stehen uns näher als jeder deutsche oder ausländische Ausbeuter.	354
	355
	356
	357
	358
Begründung:	359
Die Abgrenzung gegen die „kleinbürgerliche Linke“ ist unnötig. Wir beziehen selbst unsere strategische Position, zu der der Internationalismus aller Arbeiter und die Solidarität im Klassenkampf im eigenen Land, wie auch überall sonst gehört.	360
	361
	362
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	363
Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA181	364
	365
	366
Begründung:	367
	368
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	369
	370
	371
	372
Antrag Nr. LA186	373
Antragsteller: MV Kiel	374
Zeilen: 650–652	375
Antragstext:	376
	377
Streichen und ersetzen durch: „Die Kolleginnen und Kollegen mit oder ohne Migrationshintergrund im In- oder Ausland stehen uns näher als jeder deutsche Kapitalist und Ausbeuter.“	378
	379
	380
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	381
Annahme	382
	383
Begründung:	384
	385
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	386
	387
	388
	389
Antrag Nr. LA187	390
Antragsteller: GO Stuttgart Nord	391
Zeilen: 650–652	392
Antragstext:	393
	394
Satz streichen	395
	396
Begründung:	397
Kein Erkenntnisgewinn und komische Formulierung.	398
	399
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	400
Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA186	401
	402
Begründung:	403
	404
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	405
	406

407 **Antrag Nr. LA188**

408 **Antragsteller: Kreis Dortmund**

409 **Zeilen: 650–652**

410 **Antragstext:**

411 Ersetzen durch:

412 „Internationale Solidarität ist für uns Kommunisten nach wie vor notwendig im Kampf gegen
413 imperialistische, globale Ausbeutung.“
414

415 **Begründung:**

416 Das Vokabular dieses Absatzes ist antiquiert.

417 Dieser Antrag erledigt sich, wenn der Antrag der DKP Dortmund Nord zu den Zeilen Z. 598–652
418 angenommen wird.
419

420 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

421 Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA186
422

423 **Begründung:**

424 Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:
425
426
427
428
429

430 **Antrag Nr. LA189**

431 **Antragsteller: LMV Berlin**

432 **Zeilen 660–708: B.I Das Ziel der DKP ist der Sozialismus/Kommunismus**

433 **Antragstext:**

434 Dies ist ein komplexer Antrag, der sich auf das gesamte Kapitel bezieht.
435

436 Kleinere Änderungen

437 Zeile 683: Ergänzung der letzten Aufzählung

438 „... arbeitenden Menschen und unter Beachtung der Möglichkeiten des Naturhaushalts.“

439 Begründung: Auf dem Stoffwechsel mit der Natur basiert die menschliche Gesellschaft.
440

441 Zeile 679–680: Der Inhalt soll gestrafft werden, so dass es dann heißt:

442 „... den alten kapitalistischen Staatsapparat mit seinen Machtorganen umbaut oder auflöst und
443 die fähig ist, diese neue ...“

444 Begründung: Erstens ist „radikal“ redundant, zweitens trägt es zur Verwirrung bei, wenn die
445 Machtorgane „radikal ersetzt“, aber gleichzeitig auch „zum Teil um(ge)baut“ (680) werden sol-
446 len. Das Wort „ersetzt“ ist mehrdeutig: es kann hier Umbau als auch Neuschaffung bedeuten.
447 Von Neuschaffung ist aber schon Z. 678f die Rede.
448

449 Zeile 688: Ersetzung von „ist“ durch „sein wird“

450 Begründung: grammatisch korrekter und damit klarer.
451

452 Zeile 689: Streichung von „und wird“.

453 Begründung: Warum sollen wir uns eigene Niederlagen prophezeien?
454

455 Zeile 694: Streichung von „müssen“.

456 Begründung: Wieso müssen? Klingt zu negativ.
457

458 Zeile 699: Streichung von „vielfältigen“.

459 Begründung: „Vielfältig“ ist ein nichtssagendes Füllwort.
460

461 Zeile 700: Ersetzung von „aber auch“ durch „einschließlich“.

462 Begründung: „aber“ macht einen Gegensatz zu „Erfahrungen“ auf, was inhaltlich keinen Sinn
463 ergibt.
464

Zeilen 702–705: Neuformulierung	465
Wir weisen die bürgerliche Totalitarismuskonzeption und die verschiedenen Ausformungen des „linken“ Antisozialismus und Antikommunismus unter der Fahne des angeblichen Kampfes um die Menschenrechte zurück, ebenso den sogenannten Antistalinismus, dem es ...“	466
Begründung: die Aufzählung wird dadurch erkennbarer.	467
	468
	469
	470
Einfügungen und Umformungen	471
	472
	473
Zeile 661: Einfügung vor dem ersten Satz des Abschnitts:	474
Die DKP kämpft für eine Gesellschaft, in der der Ertrag der Arbeit gerecht verteilt wird, in der die Ausbeutung von Menschen durch Menschen abgeschafft ist, in der unter Beachtung der Möglichkeiten des Naturhaushalts vernünftig produziert wird.	475
Begründung: Am Anfang des Abschnitts muss das Ziel positiv formuliert sein. Es schadet nichts, wenn wir das auch für uns in klaren und einfachen Worten formulieren.	476
	477
	478
	479
	480
Anschließend eine weitere Einfügung:	481
Der Kapitalismus hat der Menschheit einen riesigen Berg von Problemen beschert: Hunger und Elend für Millionen und Abermillionen Menschen, eine Ungleichverteilung des Reichtums von obszönem Ausmaß, die fortschreitende Verwüstung des Planeten durch rücksichtslose Ausbeutung des allergrößten Teils der Menschheit und der Natur. Der Kapitalismus ist nicht nur nicht in der Lage, die Probleme zu lösen, die er in diesem Ausmaß erst hervorgebracht hat – im Gegenteil: Die sich vor dem Hintergrund fallender Profitraten immer weiter zuspitzende Konkurrenz wird die Probleme noch beschleunigt verschärfen. Der Kapitalismus und seine Staaten kennen am Ende immer nur einen Ausweg: Gewalt und Krieg.	482
Begründung: Unsere Zielsetzung und Motivation leitet sich entscheidend von den herrschenden Zuständen ab, deshalb auch an den Anfang.	483
	484
	485
	486
	487
	488
	489
	490
	491
	492
Zeilen 662–664: Umformulierung des Satzes:	493
Als Marxisten wissen wir: Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist der Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft. Wird er nicht gelöst, können die gigantischen Probleme, vor denen die Menschheit inzwischen steht, nicht beseitigt werden.	494
Begründung: Übernahme des ersten Satzes des Abschnitts B I in veränderter und ergänzter Form. „Sozialistische Revolution“ (Z. 664) entfällt zwar, ist hier aber ohnehin nur ein Schlagwort. Ihr konkreter Inhalt wird in den folgenden Zeilen 666–683 ohnehin beschrieben. „Grundwiderspruch“ ist klarer und umfassender als „grundlegender Klassenwiderspruch“. Der neu hinzugefügte Satz liefert eine Begründung: für die grundlegende Behauptung.	495
	496
	497
	498
	499
	500
	501
	502
Zeile 672: Das Zitat aus dem Programm der DKP (666–672) wird ergänzt um den anschließenden Satz des Programms:	503
An die Stelle der chaotischen, auf Profitinteressen ausgerichteten, von Krisen geschüttelten kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft tritt eine nach wissenschaftlichen Kriterien gemeinschaftlich und verantwortungsbewusst geplante, von Solidarität getragene Produktionsweise.“ (Programm der DKP)	504
	505
	506
	507
	508
	509
Begründung: Der zusätzliche Satz rundet das Zitat ab, außerdem ist er die Quintessenz des in dem neuen Anfang Gesagten.	510
	511
	512
Absatz 699–707 schließt an Z.692 an (wird vorgezogen)	513
Begründung: Schließt inhaltlich an den vorigen Absatz an, der die Vergangenheit im Blick hat.	514
	515
Dann soll ein Zitat aus dem Parteiprogramm neu eingefügt werden:	516
„Endgültig wird der Sozialismus sich erst dann ... gegenüber dem Kapitalismus durchgesetzt haben, wenn er als Weltsystem eine Produktions- und Konsumtionsweise verwirklicht, die für die ganze Menschheit verallgemeinerbar ist, der Zerstörung der natürlichen Umwelt ein Ende setzt und die schreienden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten korrigiert, die der Kapitalismus hervorgebracht hat.“ (Programm der DKP)	517
	518
	519
	520
	521
Begründung: Dieses Zitat weist in die sozialistische Zukunft.	522

523
524 Am Schluss von B.I steht der Absatz 693–697
525 Begründung: Ist wie ein kleines Resümee, deshalb erst jetzt. Verweist außerdem auf den Kom-
526 munismus als letztes Ziel der KP.

527
528 Alle Änderungsvorschläge eingearbeitet, sieht der Abschnitt B I folgendermaßen aus:

529
530 Das Ziel der DKP ist eine sozialistische Gesellschaft
531 Die DKP kämpft für eine Gesellschaft, in der der Ertrag der Arbeit gerecht verteilt wird, in der
532 die Ausbeutung von Menschen durch Menschen abgeschafft ist und in der unter Beachtung
533 der Möglichkeiten des Naturhaushalts vernünftig produziert wird.

534
535 Der Kapitalismus hat der Menschheit einen riesigen Berg von Problemen beschert: Hunger und
536 Elend für Millionen und Abermillionen Menschen, eine Ungleichverteilung des Reichtums von
537 obszönem Ausmaß, die fortschreitende Verwüstung des Planeten durch rücksichtslose Ausbeu-
538 tung des allergrößten Teils der Menschheit und der Natur. Der Kapitalismus ist nicht nur nicht in
539 der Lage, die Probleme zu lösen, die er in diesem Ausmaß erst hervorgebracht hat – im Gegen-
540 teil: Die sich vor dem Hintergrund fallender Profitraten immer weiter zuspitzende Konkurrenz
541 wird die Probleme noch verschärfen. Der Kapitalismus und seine Staaten kennen am Ende
542 immer nur einen Ausweg: Gewalt und Krieg.

543
544 Als Marxisten wissen wir: Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist der Grundwider-
545 spruch der kapitalistischen Gesellschaft. Wird er nicht gelöst, können die gigantischen Proble-
546 me, vor denen die Menschheit inzwischen steht, nicht beseitigt werden. Seine Lösung erfordert
547 die sozialistische Revolution.

548
549 „Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt die Erringung der politischen Macht durch die
550 Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Werktätigen voraus. Sie gründet sich auf das gesell-
551 schaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln, an den Finanzinstituten und Na-
552 turressourcen. Sie ermöglicht damit die planvolle Nutzung und Mehrung des gesellschaftlichen
553 Reichtums zum Wohle der Allgemeinheit und die immer bessere Befriedigung der wachsenden
554 kulturellen Bedürfnisse.

555 An die Stelle der chaotischen, auf Profitinteressen ausgerichteten, von Krisen geschüttelten ka-
556 pitalistischen Konkurrenzwirtschaft tritt eine nach wissenschaftlichen Kriterien gemeinschaft-
557 lich und verantwortungsbewusst geplante, von Solidarität getragene Produktionsweise.“ (Pro-
558 gramm der DKP)

559
560 Der Sozialismus ist nicht denkbar ohne

- 561 • die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel und die Enteignung der wichtigs-
562 ten kapitalistischen Unternehmen,
- 563 • Die Errichtung einer sozialistischen Demokratie unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer
564 Verbündeten, die sich dazu neue politische Herrschaftsinstrumente schafft, den alten kapi-
565 talistischen Staatsapparat mit seinen Machtorganen umbaut oder auflöst und die fähig ist,
566 diese neue proletarisch-sozialistische Demokratie zu verteidigen,
- 567 • die gesamtgesellschaftliche Planung der Produktion nach den Bedürfnissen der Mehrheit
568 der arbeitenden Menschen und unter Beachtung der Möglichkeiten des Naturhaushalts.

569
570 Der Sozialismus bildet eine historische Übergangsetappe zur klassenlosen Gesellschaft des
571 Kommunismus. Wie lange diese Übergangsetappe dauern wird, lässt sich nicht vorhersagen.
572 Alle Erfahrungen zeigen, dass dies ein längerer historischer Entwicklungsweg sein wird, auf
573 dem es Rückschritte geben kann, sogar Konterrevolutionen, wenn die kommunistisch-sozialis-
574 tischen Kräfte ihre Verbindung zur arbeitenden Bevölkerung verlieren und sich von den Bedürf-
575 nissen der Werktätigen entfremden.

576
577 Die Errungenschaften des realen Sozialismus, insbesondere die aus der UdSSR und der DDR,
578 einschließlich seiner Fehler und Deformationen sind ein unverzichtbarer Bestandteil unseres his-
579 torischen Erbes und unserer Identität als kommunistischer Partei. Wir weisen die bürgerliche To-
580 talitarismuskonzeption und die verschiedenen Ausformungen des „linken“ Antisozialismus und Anti-

kommunismus unter der Fahne des angeblichen Kampfes für die Menschenrechte zurück, ebenso den sogenannten Antistalinismus, dem es nicht um die notwendige Aufarbeitung von Fehlern, Deformationen und Verbrechen geht, sondern der in seinem Kern auf den Leninismus zielt.

„Endgültig wird der Sozialismus sich erst dann ... gegenüber dem Kapitalismus durchgesetzt haben, wenn er als Weltsystem eine Produktions- und Konsumtionsweise verwirklicht, die für die ganze Menschheit verallgemeinerbar ist, der Zerstörung der natürlichen Umwelt ein Ende setzt und die schreienden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten korrigiert, die der Kapitalismus hervorgebracht hat.“ (Programm der DKP)

Der Sozialismus wird verschiedene Etappen seiner „Reifung“ durchlaufen. Er ist kein Paradies auf Erden. Es gilt noch das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seiner Leistung“. Erst der Kommunismus wird sich nach dem Prinzip entwickeln: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen.“

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:
Ablehnung

Begründung:
Die AK hält die weiteren Änderungsvorschläge zum Teil für Dopplungen oder für nicht unerlässlich.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA190
Antragsteller: Gruppe Dortmund Nord
Zeilen: 662–708
Antragstext:

Zeilen 662–708 ersetzen durch:
„Der Kampf gegen die Unterdrückung ist so alt wie die Klassengesellschaft. Schon die Sklaven des Alten Rom erhoben sich gegen ihre Herren, die Katharer, Albigenser oder Waldenser erhoben sich im Mittelalter gegen Thron und Altar. Aber erst der Kapitalismus schuf die Voraussetzungen dafür, dass dieser Kampf auch eine reale, historische Perspektive bekam. Er schuf die moderne globale Industrieproduktion und er erschuf seine „Totengräber“, das moderne Industrieproletariat. Was Marx im Manifest in einer genialen Zukunftsvision beschreibt, ist Wirklichkeit geworden. Eine hochgradig automatisierte und international vernetzte Produktion, die den Menschen mehr und mehr von schwerer, abstumpfender Tätigkeit zu befreien vermag, um stattdessen steuernde, kontrollierende, kreative Aufgaben zu erfüllen, und die in der Lage wäre, für alle Menschen hinreichend materielle Güter, kulturelle, soziale und medizinische Angebote zu produzieren. Allerdings sind diese großartigen Errungenschaften der menschlichen Schaffenskraft, weiterhin durch Produktionsverhältnisse geprägt, die diese enormen Möglichkeiten nicht Realität werden lassen.

Es geht also weiterhin ein Gespenst um, und nicht nur in Europa. Gegen dieses Gespenst haben sich heute nicht nur der Papst und die NATO, sondern fast alle verschworen. Von Angela Merkel bis Marine Le Pen, von Donald Trump bis zu den Antideutschen. Von den Atlantikern, der neoliberalen Journaille gar nicht zu reden. Sie alle verstehen sich als glühende Verteidiger des Imperialismus. Einer Ausbeuterordnung, welche die Herrschaft des Finanzkapitals, der 0,1 Prozent, einer schmalen Schicht unendlich Reicher über das Schicksal von Milliarden Menschen zur Grundlage hat. Einer Ausbeuterordnung, die nur durch permanente Kriege an der Macht hält, denen in den letzten 120 Jahren seit Existenz des Imperialismus mehr als 100 Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind. Diese kriegerische Ausbeuterordnung der Hyperreichen hat das bitterste Elend, den Hunger und die Krankheit von Milliarden zur Voraussetzung, den strukturellen Verfall, die kulturelle Zerstörung und Entzivilisierung auch in den kapitalistischen Zentren. Auf dem obszönen Reichtum treiben die schillernden Sumpfb Blüten der Dekadenz. Aber es gab immer auch eine Gegenkultur. Den Versuch, dem Irrationalismus und den Verbrechen

639 der Ausbeuterordnung, die Humanität, die Solidarität und die Vernunft der Ausgebeuteten entgegen zu setzen. Vom Humanismus der Renaissance über die bürgerliche Aufklärung bis hin zum universellen Emanzipationsanspruch der großen französischen Revolution. Aber auch von den 640 „Himmelstürmern“ der Commune über die russischen, die chinesischen, die vietnamesischen, 641 kubanischen, und zu den vielen, vielen anderen Aufständischen und Revolutionäre, für deren 642 Vielzahl der Platz nicht reicht, sie auch nur aufzuzählen. Und nicht zu vergessen die unzähligen 643 Kämpfer gegen Faschismus, Militarismus und Krieg, in deren Tradition wir in Deutschland ganz 644 besonders stehen. Sie alle, ihre großartige, selbstlose Haltung, die nun von der imperialistischen 645 Propaganda in den Dreck gezogen wird, sind uns Vorbild und Verpflichtung. Und so schwach wir 646 momentan auch sind, in der Solidarität und Kampfgemeinschaft mit den Sozialisten und Kom- 647 munisten der Welt, werden auch wir alles tun, was in unseren Kräften steht, um einer anderen, 648 einer auf Vernunft, Humanität und Frieden aufgebauten Gesellschaft zum Durchbruch zu verhel- 649 fen. Einer Gesellschaft, wie sie in den Staaten des Roten Oktober, selbst unter der existentiellen 650 Bedrohung des Kalten Krieges, in vielerlei Hinsicht im Ansatz schon erreicht wurde. Und deren 651 soziale Sicherheit, medizinische und gesundheitlicher Versorgung, berufliche und allgemeine Bil- 652 dungschancen, deren gesellschaftliche Geborgenheit derjenigen des unvergleichlich reicheren, 653 aber imperialistisch-neoliberal zugerichteten „Westens“ mit Abstand überlegen waren. 654

655
656
657 Wir verhehlen nicht, auch wir, die internationale kommunistische Bewegung hat Fehler gemacht. 658 Unter dem Damoklesschwert des drohenden faschistischen Überfalls wurden Verbrechen be- 659 gangen. Schwere Verbrechen. Aber auch heroische Erfolge erreicht, wie der so teuer erkaufte 660 Sieg über die faschistische Kriegs- und Mordmaschine. Die weltweit stärkste und brutalste zu 661 ihrer Zeit. Nicht auszudenken, was wäre, hätten die Sowjetbürger an ihrer Spitze die Kommu- 662 nisten, den mordenden und plündernden „Herrenmenschen“ den Weg nicht verstellen können. 663 Unter dem Opfer von 27 Millionen Toten. Doch die Fehler diskreditieren nicht das Ziel. Ebenso 664 wenig wie die Tatsache, dass die Große Alternative nach 74 Jahren unter dem militärischen, 665 ökonomischen und propagandistischen Dauerfeuer des Imperialismus und seinen weitaus grö- 666 ßeren ökonomischen Möglichkeiten zerrüttet aufgeben musste. Das letzte Vierteljahrhundert 667 unumschränkter Herrschaft des Imperialismus beweist: Mit ihm gibt es nur die nackte Ausbeu- 668 tung, die brutale Unterdrückung, den permanenten Krieg und die Umweltkatastrophe. Sozialis- 669 mus oder Barbarei. Wenn sich die Menschheit aus der Sackgasse des Elend, Unterdrückung 670 und Krieg befreien will, muss sie am Ziel einer Alternative zum Kapitalismus festhalten: Eine 671 andere, eine sozialistische Welt ist möglich und sie ist nötig. 672

673 Nach 30 Jahren ist eine neue Generation herangewachsen. Es gibt viel Unkenntnis über das Ver- 674 gangene, aber, angesichts der imperialistischen Katastrophen, auch ein neues Interesse an ei- 675 ner Systemalternative. Zahlreiche Medienproduktionen, nicht immer sehr freundliche, sind zum 676 100. Jahrestag der Oktoberrevolution und zum 150. Jahrestag des „Kapital“ erschienen. Wir 677 können mit Stolz sagen: Wir sind die Erben von Marx, Engels und Lenin, wir sind das Original.“ 678

679 **Begründung:**

680 Der bisherige Sozialismusabschnitt erweckt doch einen sehr technisch-unmotivierten, eher 681 formelhaften Eindruck. Man bekommt ein paar abstrakte Grundbedingungen genannt und 682 darf mit reichlich Schwierigkeiten bei der Umsetzung rechnen. Ist das aber eine adäquate Be- 683 schreibung unseres Zieles als Partei, des historischen Zieles der Menschheitsentwicklung? Ist 684 so ein Text geeignet, interessierten Personen und uns selbst nahe zu bringen, wofür unsere 685 Partei eigentlich kämpft? Kommt hier auch nur ein Funken der Kraft zum Ausdruck, die der 686 Sozialismus/Kommunismus in der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten entstehen ließ? Wir 687 meinen nicht, dass es darum geht, utopische Visionen des Sozialismus an die Wand zu malen. 688 Wir meinen aber, dass wir zumindest ex negativo die Notwendigkeit des Sozialismus erklären 689 sollten, dass wir dem Blutzoll der Millionen Kämpferinnen und Kämpfer für unsere Sache mit 690 ein wenig mehr Pathos begegnen dürfen, dass wenigstens in Ansätze erkennbar werden sollte, 691 welche Möglichkeiten der Menschheit offenstehen, wenn sie sich aufmacht, den Kapitalismus 692 zu überwinden. In diesem Sinne wollen wir unseren Vorschlag verstanden wissen. 693

694 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

- 695 a) Ablehnung der Aufnahme in den Leitantrag
696 b) Überweisung als Arbeitsmaterial an den PV für die weitere Strategie- und Programmdebatte.

Begründung:

Die AK hält die Änderungsvorschläge zum Teil für Dopplungen oder für nicht unerlässlich. Der Gesamtumfang des Antrags ist mit 5699 Zeichen gegenüber 2922 Zeichen der Ursprungsfassung im Rahmen des vollständigen Textes des Leitantrags deutlich zu lang. Es geht hier nicht um eine Analyse der Geschichte des realen Sozialismus, sondern um eine relativ knappe Darlegung, was wir unter unserem langfristigen Ziel, dem Sozialismus/Kommunismus, verstehen.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA191

Antragsteller: MV Kiel

Zeilen: 662

Antragstext:

„bleibt“ ersetzen durch „ist“

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme in leicht veränderter Form wie folgt: ... ist und bleibt ...

Begründung:

Diese verstärkte Betonung im Sinne eines Pleonasmus bringt zwar durch die Dopplung keinen Informationsgewinn; unterstreicht und verstärkt (auch dies ist erneut ein Pleonasmus) jedoch als Stilmittel die Bedeutung des Gesagten.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA192

Antragsteller: MV Kiel

Zeilen: 674

Antragstext:

Zeile 674 streichen und ersetzen durch: „Elementare Bestandteile des Sozialismus sind“

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA193

Antragsteller: Gruppe Münster

Zeilen: 675–683

Antragstext:

Der Sozialismus ist nicht denkbar ohne

- die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel,
- die Errichtung einer sozialistischen Demokratie unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten,
- die gesamtgesellschaftliche, ökologisch-nachhaltige und regenerative Planung der Produktion.

697
698
699
700
701
702
703
704
705
706
707
708
709
710
711
712
713
714
715
716
717
718
719
720
721
722
723
724
725
726
727
728
729
730
731
732
733
734
735
736
737
738
739
740
741
742
743
744
745
746
747
748
749
750
751
752
753
754

755 **Begründung:**
756 Wir halten eine knappe und dafür Unklarheit vermeidende Bestimmung für ausreichend.
757 Sie baut unnötigen Missverständnissen vor, die in der jetzigen Fassung gegeben sind, wenn sie
758 nicht weiter bestimmt werde, z. B. was sind genau die „Bedürfnisse der Mehrheit der arbeiten-
759 den Menschen“ im Sozialismus oder eine „proletarisch-sozialistische Demokratie“?
760 Nachdem im Realsozialismus die Frage der Bedürfnisse (nach Konsumgütern etc.) und die
761 Planbarkeit sehr problematisch war und man damit nicht sehr weit gekommen ist, sollte in der
762 Kürze des Leitantrages nur das Unverzichtbare formuliert werden, da die damit verbundenen
763 Probleme noch gründlicher Debatte bedürfen.
764 So fragt sich des Weiteren, ob es Sinn macht von der „Mehrheit der arbeitenden Menschen“
765 zu sprechen, wenn nicht klar ist, was unter der „Minderheit“ gemeint ist und sie erwartet. Das
766 lässt Raum für Vermutungen. Hier stellen sich auch Unklarheiten ein.
767 Unsere Einfügung bzw. Ergänzung der Wortverbindung „ökologisch-nachhaltig“ vor der „Pla-
768 nung der Produktion“ ist der existentiellen Bedeutung der katastrophalen Folgewirkung der
769 dramatischen Zerstörung der heutigen menschlichen und außermenschlichen Natur durch das
770 Profitsystem geschuldet.

771 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**
772 Aufnahme in einem wesentlichen Bestandteil in folgender Formulierung in Zeile 674 und Zeile
773 682:
774

775
776 Elementare Bestandteile des Sozialismus sind
777 • Wie im Leitantrag<
778 • Wie im Leitantrag<
779 • die gesamtgesellschaftliche Planung einer ökologisch nachhaltigen und regenerativen Pro-
780 duktion nach den Bedürfnissen der Mehrheit der arbeitenden Menschen.

781 **Begründung:**
782 Der Begriff „Vergesellschaftung“ – ja auch der Begriff „Sozialismus“ – bleibt schillernd und
783 mehrdeutig, wenn nicht klar ist, dass dem die Enteignung der wichtigsten Produktionsmittel
784 vorausgegangen ist.
785

786
787 Der Hinweis auf die Schaffung neuer politischer Herrschaftsinstrument im Rahmen und als Teil
788 einer sozialistischen Demokratie verdeutlicht, dass es nicht einfach um die Inbesitznahme des
789 alten Staatsapparates gehen kann.
790

791 Nicht die Planung, sondern die realisierte Produktion ist das entscheidende, diese muss ökolo-
792 gisch nachhaltige und regenerative Produktion sein, damit sie den Bedürfnissen der arbeiten-
793 den Menschen entspricht. Letztere sind der Maßstab. Vorstellbar ist auch eine „Nachhaltigkeit“,
794 die ja mittlerweile von Hinz und Kunz gefordert wird, nach ganz anderen Klasseninteressen.
795

796 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**
797

798
799 **Antrag Nr. LA194**
800 **Antragsteller: Gruppe Frohnhausen/Holsterhausen**
801 **Zeilen: 682–683**
802 **Antragstext:**
803

804
805 Zeile 682–683, Streichen des Wortes „Mehrheit“
806 - die gesamtgesellschaftliche Planung der Produktion nach den Bedürfnissen der arbeitenden
807 Menschen.
808

809 **Begründung:**
810 Das Wort „Mehrheit“ weglassen, da es sich so anhört, als würden die Bedürfnisse der Minder-
811 heit der arbeitenden Menschen bei der Planung nicht berücksichtigt oder durch einen mögli-
812 chen Konsens evtl. ermöglicht

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Die Antragsteller sprechen ein wichtiges Problem an, für das es oft nur Kompromisslösungen oder gar keine Lösungen gibt.

Es war historisch in der Geschichte des realen Sozialismus nicht selten der Fall – und so wird es auch künftig sein –, dass im Prozess der Planerstellung unterschiedliche Interessen auch verschiedener Gruppen innerhalb der Arbeiterklasse aufeinanderstoßen und dass die Plandiskussionen schließlich natürlich durch Mehrheitsbeschlüsse entschieden werden müssen.

Dabei kann und wird es sogar sein, dass unter bestimmten Bedingungen die Planungsentscheidungen im ersten Moment noch nicht einmal die aktuellen Mehrheitsinteressen der Klasse erfüllen können, weil zum einen die materiellen Ressourcen (noch) nicht dafür vorhanden sind oder weil z. B. die Bedürfnisse der militärischen Verteidigung des Sozialismus oder die gezielte Investition in zukunftsentscheidende Sektoren der „Abteilung A“ (Produktion von Produktionsmitteln) absolute Priorität gegenüber den berechtigten Wünschen nach Erhöhung des Lebensstandards und/oder der Konsumgüterproduktion („Abteilung B“) besitzen.

Es wird deshalb im Rahmen einer gesellschaftlichen und breiten Plandiskussion immer nicht befriedigte Minderheiten (kleinere und größere) geben. Die daraus entstehenden Widersprüche müssen offengelegt und nicht bürokratisch „wegreguliert“ werden.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA195

Antragsteller: Gruppe Frohnhausen/Holsterhausen

Zeilen: 685–687

Antragstext:

„Der Sozialismus ...“ bis „... vorhersagen.“ ersetzen durch:

„Der Sozialismus ist die erste, unreife Phase der kommunistischen Gesellschaft, die noch von den Muttermalen der alten Gesellschaft gezeichnet ist.“

Begründung:

Dass der Sozialismus die erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation ist, haben wir, Lenins Einschätzung folgend, in unserem Parteiprogramm formuliert. Den Sozialismus hier nur schlicht als „Übergangsetappe“ zu bezeichnen, halten wir für nicht ausreichend. Diese Formulierung öffnet Ideen der „sozialistischen Marktwirtschaft“ Tür und Tor.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme in veränderter Form in folgender Version:

Der Sozialismus bildet eine historische Übergangsetappe zur klassenlosen Gesellschaft des Kommunismus., die noch von den „Muttermalen der alten Gesellschaft“ (Marx) gezeichnet ist.

Begründung:

Die AK ist im Übrigen nicht der Auffassung, dass der Leitantrag an dieser Stelle „Ideen der sozialistischen Marktwirtschaft“ Tür und Tor öffnet, zumal dieser Terminus nicht erläutert wird und es dazu Bibliotheken füllende wissenschaftliche Debatten auch unter marxistisch-leninistischen Theoretikern und Fachleuten gibt.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

871
872
873
874
875
876
877
878
879
880
881
882
883
884
885
886
887
888
889
890
891
892
893
894
895
896
897
898
899
900
901
902
903
904
905
906
907
908
909
910
911
912
913
914
915
916
917
918
919
920
921
922
923
924
925
926
927
928

Antrag Nr. LA196

Antragsteller: Gruppe Münster

Zeilen: 685–691

Antragstext:

In Zeile 685–691 soll bleiben:

„Der Sozialismus bildet eine historische Übergangsetappe zur klassenlosen Gesellschaft des Kommunismus. Wie lange diese Übergangsetappe dauern wird, lässt sich nicht vorhersagen. Alle Erfahrungen zeigen, dass dies ein längerer historischer Entwicklungsweg ist, auf dem es Rückschritte geben kann und wird.“

Streichung ab Zeile 689–691: „sogar Konterrevolutionen, wenn die kommunistisch-sozialistischen Kräfte ...“

Begründung:

Die zu streichende Aussage zu konterrevolutionären Situationen ist eine nicht ausreichende und nicht vollständig analysierte Behauptung.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Das Faktum der Konterrevolution lässt sich kaum aus der Theorie und der erlebten Praxis beim Aufbau des Sozialismus ausschließen. Das wird solange bleiben solange es Kapitalismus gibt und/oder Kräfte, die dahin zurückkehren wollen.

Die Illusion von der „Unumkehrbarkeit des Sieges des Sozialismus“ ist bekanntlich mit einem historisch anhaltenden Donnerschlag zerplatzt.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA197

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

Zeilen 687–691

Antragstext:

Neu fassen wie folgt: Alle Erfahrungen zeigen, dass dies ein längerer historischer Entwicklungsweg ist, auf dem Rückschläge und Rückschritte nicht auszuschließen sind, sogar Konterrevolutionen, wenn die kommunistisch-sozialistischen Kräfte ihre Verbindung zur arbeitenden Bevölkerung verlieren und sich von den Bedürfnissen der Werktätigen entfremden.

Begründung:

1. Die Geschichte hat uns zwar gelehrt, dass Rückschritte nicht ausgeschlossen werden können – ein Naturgesetz, dass sie auch wirklich eintreten, gibt es glücklicherweise aber nicht.
2. Rückschritten gehen, wenn sie denn erfolgen, Rückschläge voraus.
3. Rückschläge durch den Klassengegner oder widrige objektive Bedingungen kann die Arbeiterbewegung erleiden, ohne dass sie etwas dafür kann. Rückschritte können ihr entweder versehentlich unterlaufen oder aber von ihr bewusst – sozusagen als geordneter Rückzug – vollzogen werden.
4. Dass Rückschläge eintreten werden, ist wahrscheinlich; für Rückschritte gilt das nicht unbedingt (vorausgesetzt, die Arbeiterbewegung verfügt über ein gutes Analysevermögen, eine entwickelte Strategie und die Fähigkeit, schnell und dauerhaft aus Fehlern zu lernen).

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:	929
Die AK kann keine substantielle Änderung gegenüber dem Ursprungstext erkennen.	930
	931
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	932
	933
	934
	935
Antrag Nr. LA198	936
Antragsteller: KMV Regensburg	937
Zeile 689–691	938
Antragstext:	939
	940
Streichen: „...“, wenn die kommunistisch-sozialistischen Kräfte ihre Verbindung zur arbeitenden Bevölkerung verlieren und sich von den Bedürfnissen der Werktätigen entfremden.“	941
	942
	943
Begründung:	944
Das ist nur ein Aspekt. Die Brutalität der kapitalistischen Machthaber ist ein mindestens genauso entscheidender Faktor. (Siehe Chile ...) Auch haben wir zu diesem Thema bereits differenziertere Analysen. Da hier keine ausführliche Analyse von Niederlagen und Konterrevolutionen vorgenommen werden kann/soll, ist dieser Halbsatz zu streichen.	945
	946
	947
	948
	949
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	950
Ablehnung der Streichung. Einfügung wie folgt in Zeile 689:	951
... Konterrevolutionen, insbesondere wenn die...	952
	953
Begründung:	954
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	955
	956
	957
	958
Antrag Nr. LA199	959
Antragsteller: GO Stuttgart Nord	960
Zeilen: 699–707	961
Antragstext:	962
	963
Kürzen: „Die vielfältigen Erfahrungen und Errungenschaften des realen Sozialismus, insbesondere die aus der UdSSR und der DDR, aber auch seine Fehler sind ein unverzichtbarer Teil unseres historischen Erbes und unserer Identität als kommunistische Partei.“	964
	965
Begründung: Die These der Deformation kommt nicht im Programm vor und wird ansonsten nur von Antikommunisten verwendet. Auf den Rest kann man als Erklärung hier verzichten.	966
	967
	968
	969
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	970
Ablehnung	971
	972
Begründung:	973
Natürlich gab es Deformationen und Verbrechen in bestimmten Perioden, insbesondere in der Zeit von 1936–38, als sich die Staatsschutzorgane in der SU jeder Kontrolle der Partei entzogen. Dies zu negieren ist nach Ansicht der AK theoretisch wie praktisch Nonsens. Entscheidend ist, wie diese Entwicklungen eingeordnet werden: ob sie als „Gesetzmäßigkeiten“ als „typisch für den Kommunismus“ gedeutet, übertrieben, zusätzlich verfälscht, aufgebauscht und im anti-kommunistischen Sinne ausgeschlachtet und verabsolutiert werden. Und ob sie das Ausmaß der aggressiven konterrevolutionären, kriegerischen und verbrecherischen Pläne und Taten des Imperialismus – Faschismus und seiner Helfershelfer reinwaschen und vernebeln sollen.	974
	975
	976
	977
	978
	979
	980
	981
	982
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	983
	984
	985
	986

987
988
989
990
991
992
993
994
995
996
997
998
999
1000
1001
1002
1003
1004
1005
1006
1007
1008
1009
1010
1011
1012
1013
1014
1015
1016
1017
1018
1019
1020
1021
1022
1023
1024
1025
1026
1027
1028
1029
1030
1031
1032
1033
1034
1035
1036
1037
1038
1039
1040
1041
1042
1043
1044

Antrag Nr. LA200

Antragsteller: LDK Brandenburg

Zeilen 699–708:

Antragstext:

Ersetzen durch: Die vielfältigen Erfahrungen und Errungenschaften des realen Sozialismus, insbesondere die aus der UdSSR und der DDR sind unverzichtbarer Teil unseres historischen Erbes und unserer Identität als Kommunistische Partei.

Begründung:

Wir weisen uneindeutige, verfälschende Geschichtsbetrachtungen, insbesondere die vom „Unrechtsstaat DDR“, wie sie von einigen Führern der Partei Die LINKE im Schulterschluss mit bürgerlichen Geschichtsfälschern verkünden, energisch zurück.

Die Beibehaltung der Formulierungen „Fehler, Deformationen und Verbrechen“ entstellt die unter konkreten historischen Bedingungen notwendigen Schlussfolgerungen und Vorgehensweisen. Es würden selbst fehlerhaftes und unangemessenes Verhalten Einzelner oder ganzer Gruppen letztlich verallgemeinert und der Gesamtbewegung angelastet.

Eine pauschalisierte Selbstkasteiung kann nicht zum Verstehen der historischen Entwicklungsgeschichte des Sozialismus, den mit ihr verbundenen inneren und äußeren Bedingungen und der jeweiligen Klassenkampfsituation führen. Sie wirkt sogar gegenteilig indem sie die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte behindert.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA199

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA201

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

Zeile 708

Antragstext:

Einfügen nach ... Leninismus zielt: Zum Kampf für den Sozialismus gehört für uns die differenzierte Analyse der Ausgangs- und Existenzbedingungen, der Errungenschaften und historischen Leistungen, aber auch der Fehlentwicklungen des Sozialismus in Europa.“

Begründung:

Dass positive und negative Erfahrungen des realen Sozialismus zu unserem Erbe und unserer Identität gehören, wird oben schon gesagt. Nach der Distanzierung von der Deutung des Klassengegners sollte hier u.E. eine ausdrückliche Aufgabenbeschreibung der notwendigen, von uns zu leistenden Analyse als unverzichtbare Voraussetzung des nächsten Anlaufs zum Sozialismus angefügt werden.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlungen der AK zum LA199: Die Absicht der Antragsteller wird bereits durch die faktische Benennung der Widersprüche und zeitweiligen Irrwege beim Aufbau des realen Sozialismus realisiert.

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA202

Antragsteller: GO Stuttgart Süd

Zeilen: 711–1093

Antragstext:

Klärung zum kompletten Teil II. „Die antimonopolistische Strategie der DKP heute“, sowie zum Teil III. „Unsere Kampfziele und Kampffelder“, d. h. keine Verabschiedung in der jetzigen Form.

Begründung:

Die Teile enthalten sicher viel Richtiges. Sie können alles in allem jedoch als eine Festlegung auf eine langsame, mit Reformen einhergehende, demokratische Entwicklung hin in Richtung Sozialismus, verstanden werden. Wir sehen in der Partei aktuell die folgenden Probleme, die damit verstärkt werden können:

- Theoretischer und praktischer Reformismus und Opportunismus
- Mangelnde Klarheit zur Rolle des bürgerlichen Staates
- Eine mangelnde Aufarbeitung der Rechtsentwicklung bis hin zur Auflösung oder Zersetzung großer Teile der kommunistischen Bewegung seit mehreren Jahrzehnten
- Hinsichtlich der Arbeit in den Gewerkschaften, in Bündnissen etc. weitgehend ein Verzicht auf kommunistische Positionen und stattdessen nur das Streben nach Verankerung, der Stärkung allgemeiner fortschrittlicher Kräfte, ohne Tendenz zu einer sozialistischen Perspektive
- Zu wenig Bezug zu Kräften, die in ihrer Theorie und Praxis stärker in Richtung eines Bruchs mit den kapitalistischen Verhältnissen tendieren – von Strukturen des politischen Widerstandes bis zu klassenkämpferischen Initiativen in den Betrieben.

All das kann, trotz der in den Abschnitt eingestreuten revolutionären Positionierungen, durch die darin enthaltenen wesentlichen Passagen verstärkt werden. Sie können dazu dienen, dass (weiter) Bündnisse insbesondere mit (sozialdemokratischen) bürgerlichen Kräften gesucht werden, dass wir uns zugunsten einer möglichst große Breite mit klaren kommunistischen Perspektiven zurückhalten (also die Quantität vor die Qualität setzen) etc. Das heißt auch, dass wir es weiter nicht vermögen, Strukturen aufzubauen bzw. Teil von Strukturen zu sein, in denen sich Menschen unabhängig der bürgerlichen Parteien organisieren. Das bedeutet ferner, dass wir nicht klar als kommunistische Kraft in Erscheinung treten, sondern scheinbar versuchen, lediglich die konsequenteren Reformisten zu sein und uns weiter gerade von denjenigen isolieren, die schon mehr oder weniger eine antagonistische Positionierung zum Kapitalismus entwickelt haben und sich daher von einer Partei nicht angesprochen fühlen, für die dieser Bruch erst irgendwann einmal relevant zu sein scheint und die sich konkret nur damit beschäftigt, was auch die Gewerkschaften, die PdL und andere Kräfte bereits tun.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Die AK teilt nicht die grundsätzliche Kritik der Antragsteller, dass trotz der „in den Abschnitt eingestreuten revolutionären Positionierungen, durch die darin enthaltenen wesentlichen Passagen“ die antimonopolistische Strategie der DKP sich kaum vom Sozialreformismus unterscheidet und die DKP damit lediglich zum Anhängsel von SPD oder PDL werde.

Die AK verweist auf die bereits von der AK des 21. Parteitages gegebenen Erläuterungen und Auseinandersetzungen mit auch damals vorgebrachten fast identischen Positionen von Grundsatzkritikern ihrer Strategie.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

1045
1046
1047
1048
1049
1050
1051
1052
1053
1054
1055
1056
1057
1058
1059
1060
1061
1062
1063
1064
1065
1066
1067
1068
1069
1070
1071
1072
1073
1074
1075
1076
1077
1078
1079
1080
1081
1082
1083
1084
1085
1086
1087
1088
1089
1090
1091
1092
1093
1094
1095
1096
1097
1098
1099
1100
1101
1102

1103
1104
1105
1106
1107
1108
1109
1110
1111
1112
1113
1114
1115
1116
1117
1118
1119
1120
1121
1122
1123
1124
1125
1126
1127
1128
1129
1130
1131
1132
1133
1134
1135
1136
1137
1138
1139
1140
1141
1142
1143
1144
1145
1146
1147
1148
1149
1150
1151
1152
1153
1154
1155
1156
1157
1158
1159
1160

Antrag Nr. LA203

Antragsteller: Wohngebietsgruppe Stuttgart – Bad Cannstatt

Zeile 714

Antragstext:

In Zeile 714 einfügen: ..., wenn zunächst die ...

Begründung: Das „zunächst“ ist der Hinweis darauf, dass die antimonopolistische Umwälzung nur der erste, wenn auch wichtigste Schritt zur proletarischen Revolution bildet.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA204

Antragsteller: KMV Offenbach

Zeilen: 721

Antragstext:

„auch“ ersetzen durch „gerade“

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA205

Antragsteller: Wohngebietsgruppe Frankfurt Nordwest-Eschersheim

Zeilen 721–728:

Antragstext:

Streichen und wie folgt ändern:

... Kampf richtet sich gegen alle Formen der Ausbeutung und beinhaltet die Verteidigung von Humanismus und Menschlichkeit.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Es geht an dieser Stelle um die Erläuterungen des Zusammenhanges der verschiedenen Phasen und Etappen in unserer antimonopolistischen Strategie. Die Ziele wurden im Abschnitt davor benannt.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA206

Antragsteller: Gruppe Essen Frohnhausen/Holsterhausen

Zeilen: 724–864

Antragstext:

Z. 724–864 ersetzen durch:

Eine antimonopolistische Strategie

Unsere Strategie ist deshalb eine antimonopolistische Strategie: Sie beschreibt, ausgehend von der Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus in unserem Land, in welcher Periode des Kampfes wir uns befinden und welche Etappen des Kampfes sich für die Zukunft abzeichnen. Mit unserer Strategie legen wir fest, welche Aufgaben sich unsere Partei im Großen stellt: dass die Arbeiterklasse zum Kern eines gesellschaftlichen Bündnisses wird, das in der Lage ist, die Macht der Monopole zu brechen und eine neue Gesellschaft aufzubauen. Unsere Strategie ist die politische Linie, die der DKP in der gesamten alltäglichen Arbeit und in allen anstehenden Kämpfen als Richtschnur dient.

Die Verhältnisse drängen zum Sozialismus

Die Strategie der DKP ist darauf ausgerichtet, den Kapitalismus zu überwinden. Das bedeutet: Die gesamte Politik der DKP dient dem Zweck, in unserem Land die sozialistische Revolution möglich zu machen. Nur der Sozialismus kann allen Menschen ein Leben in sozialer Sicherheit, Frieden und einer intakten Umwelt, in Solidarität, Würde und Selbstbestimmung bieten. Mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus sind die materiellen Voraussetzungen für eine sozialistische Gesellschaft vollständig vorhanden. Die Widersprüche des Kapitalismus drängen zum Sozialismus. Die subjektiven Voraussetzungen fehlen. Eine Strategie des „Herankommens“ an die Revolution ist deshalb eine Strategie, mit der die kommunistische Partei in der Arbeiterklasse und bei allen arbeitenden Menschen sozialistisches Bewusstsein verbreitet, die Organisierung fördert, die Menschen ermutigt, selbst in die Klassenkämpfe einzugreifen und Erfahrungen zu sammeln – eine Strategie des Heranführens an die Revolution. Der Sozialismus fällt nicht vom Himmel, die Keime des Neuen wachsen im Alten. Die Kraft der Veränderung entsteht in den Kämpfen von heute.

Eine Etappe der Abwehrkämpfe

Seit Jahrzehnten erleben wir, wie eine Bundesregierung nach der anderen die sozialen und demokratischen Rechte angreift, die Generationen vor uns erkämpft haben. Wir erleben, wie der bürgerliche Ideologieapparat alle Reste fortschrittlicher Auffassungen bekämpft. Wir erleben, dass deutsche Soldaten für imperialistische Großmachtinteressen in die Welt geschickt werden und wie deutsche Konzerne die Ruhe im Land ausnutzen, um ihren weltweiten Kampf um Rohstoffe und Märkte zu führen. Wir befinden uns in einer Etappe der Abwehrkämpfe und der Rechtsentwicklung.

Natürlich gibt es Gegenwehr: Die Gewerkschaften, die Friedensbewegung, antifaschistische Gruppen und Bündnisse, SchülerInnen und Studierende, kommunale Initiativen, die Bewegungen gegen die Freihandelsabkommen und viele mehr – sie alle leisten Widerstand gegen die Monopole und ihre politischen Vertreter. Aber diese Bewegungen bleiben oft schwach und zersplittert, sie entwickeln sich manchmal eher wie Strohfeuer, als dass sie zu einer nachhaltigen Stärkung des Widerstands führen. Und wenn der Widerstand stärker wird, gelingt es zu oft Vertretern der bürgerlichen Politik, die Bewegung in für die Monopole ungefährliche Bahnen zu lenken.

Das antimonopolistische Bündnis – die Kraft der Veränderung

So zersplittert und in das System eingebunden sie auch erscheint: Die Arbeiterklasse ist die größte Klasse unserer Gesellschaft, die Klasse, deren Lebenslage sie in einen täglichen Konflikt mit dem Kapital bringt. Schon jede halbwegs kämpferische Tarifrunde zeigt, dass diese Klasse eine ungeheure Kraft entfalten kann: wenn sie gemeinsam kämpft, wenn sie die eigenen Interessen klar genug erkennt, um Konkurrenzdruck, Standortdenken und „exklusive Solidarität“, die die Stammbesitzungen gegen Leiharbeiter und Erwerbslose ausspielt, zu überwinden. Aber auch die meisten Angehörigen der Mittelschichten sind von sozialem Abstieg bedroht, auch ihre Interessen stehen den Monopolen entgegen. Die technische Intelligenz in den Betrieben ist zum Beispiel ähnlichen Angriffen ausgesetzt wie andere Beschäftigte. Kleine Gewer-

1161
1162
1163
1164
1165
1166
1167
1168
1169
1170
1171
1172
1173
1174
1175
1176
1177
1178
1179
1180
1181
1182
1183
1184
1185
1186
1187
1188
1189
1190
1191
1192
1193
1194
1195
1196
1197
1198
1199
1200
1201
1202
1203
1204
1205
1206
1207
1208
1209
1210
1211
1212
1213
1214
1215
1216
1217
1218

1219 betreibende sind von größeren Konkurrenten bedroht und von Krediten der Bankkonzerne ab-
1220 hängig. Im ökonomischen Kampf gegen die Monopole, im Kampf um demokratische Rechte,
1221 gegen Faschismus und für Frieden liegt die objektive Möglichkeit, ein festes Bündnis zwischen
1222 der Arbeiterklasse und den verschiedenen Mittelschichten zu schaffen.
1223 Selbst kleine und mittlere Kapitalisten stehen in einigen Fragen im Widerspruch zu den Mo-
1224 nopolen, auch wenn sie in anderen Fragen durch antagonistische Widersprüche von der Ar-
1225 beiterklasse getrennt sind. Die Kommunisten werden immer versuchen, die Widersprüche im
1226 Lager des Kapitals auszunutzen und, wenn möglich, auch kleine und mittlere Kapitalisten in
1227 das Bündnis gegen die Monopole einzubeziehen, selbst wenn diese Zusammenarbeit sachlich
1228 und zeitlich vielleicht nur sehr begrenzt sein kann.
1229 Solange die Mittelschichten nur durch ihr eigenes Klassenbewusstsein geleitet werden, neh-
1230 men sie eine schwankende Rolle im Kampf ein.
1231 Nur eine einzig handelnde Arbeiterklasse kann für diese Menschen eine Partnerin sein, mit der
1232 sie gemeinsam für Veränderungen kämpfen. Nur ein Bündnis, das von der Arbeiterklasse ge-
1233 führt wird, kann den Einfluss der Monopole auf diese Klassen und Schichten im gemeinsamen
1234 Kampf brechen. Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse ist die entscheidende Voraussetzung, um
1235 die Macht der Monopole zu brechen.
1236 Ein solches antimonopolistisches Bündnis kann nur in langen Kämpfen heranwachsen: Kämp-
1237 fe, in denen die Menschen Erfahrungen sammeln, diese verarbeiten, sich von der bürgerlichen
1238 Ideologie lösen und ein neues Bewusstsein entwickeln; Kämpfe, in denen die Kräfte des Wider-
1239 stands ihre Organisationen stärken und entwickeln. Welche Formen dieses Bündnis in unserem
1240 Land annehmen kann, wird sich erst im Kampf selbst zeigen. Es sind die Verhältnisse des heu-
1241 tigen Kapitalismus, die ein solches Bündnis möglich machen.

1242
1243

Im den Kämpfen von heute entsteht die Kraft von morgen

1244 Der gewerkschaftliche und politische Kampf um Verbesserungen führt nicht von selbst zu
1245 grundsätzlichen Veränderungen. Aus Niederlagen kann Resignation entstehen, Erfolge können
1246 von bürgerlichen Kräften ausgenutzt werden, um ihre Ideologie der Klassenzusammenarbeit
1247 zu verbreiten. Die DKP geht in ihrer Arbeit vom alltäglichen Bewusstsein der arbeitenden Men-
1248 schen aus und entwickelt entsprechende Vorschläge für Aktionen und Forderungen. Sie trägt,
1249 was sie kann, dazu bei, die sozialen und demokratischen Rechte der arbeitenden Menschen zu
1250 verteidigen und zu erweitern. Im Kampf für Reformen geht es ihr nicht nur um die unmittelbare
1251 Verbesserung. Die Kommunisten bringen sich in diese Kämpfe so ein, dass die Menschen ihren
1252 Interessengegensatz zu den Monopolen klarer erkennen, die Kraft der Solidarität erleben und
1253 schließlich an die wissenschaftliche Weltanschauung und die Erkenntnis vom notwendigen
1254 Bruch mit dem Kapitalismus herangeführt werden. Im Reformkampf kann so der subjektive
1255 Faktor für die Revolution heranreifen.
1256 Eine besondere Bedeutung, um die Bewegungen an die Notwendigkeit grundlegender Um-
1257 gestaltungen heranzuführen, haben Übergangsforderungen: damit meinen wir Forderungen,
1258 die der Bewegung ein gemeinsames Ziel geben, die aber im Rahmen des Kapitalismus nicht
1259 vollständig zu verwirklichen sind und damit die Bewegung an die Grenzen des Kapitalismus
1260 führen. Auf diese Weise können der zersplitterte Widerstand gebündelt und die verschiedenen
1261 Teilkämpfe zusammengeführt werden.

1262
1263

Verschiedene Etappen des Klassenkampfes

1264 Der Klassenkampf verläuft nicht in einer geraden Linie, er entwickelt sich in verschiedenen
1265 Etappen, die unsere Partei jeweils vor neue Aufgaben stellen. Welche Etappen das in unserem
1266 Land im Einzelnen sein werden, lässt sich heute nicht voraussehen. Die Logik der Profitmaxi-
1267 mierung wird zu einer Zuspitzung des imperialistischen Konkurrenzkampfes führen, die sogar
1268 die Gefahr neuer Kriege erzeugt. Die Rechtsentwicklung lässt weitere Angriffe auf die sozialen
1269 und demokratischen Rechte erwarten. Eine Bewegung, die die Macht der Monopole in Frage
1270 stellen kann, muss ausreichend bewusst und organisiert sein, dass sie gerade im Falle einer
1271 gesellschaftlichen Krise und einer Zuspitzung der Klassenwidersprüche handlungsfähig ist,
1272 sich durch Versprechen und Drohungen der Herrschenden nicht spalten und sich durch Teiler-
1273 folge und Zugeständnisse nicht abspesen lässt.
1274 In der gegenwärtigen Etappe geht es darum, die Schwäche der Arbeiterbewegung und aller
1275 fortschrittlichen Kräfte zu überwinden, damit sich die Kräfteverhältnisse im Land in einer neuen
1276 Etappe ändern können.

Im Kampf um die eigenen Interessen ist es dabei möglich, dass das antimonopolistische Bündnis eine solche Stärke erreicht, dass es im Kampf um einzelne Übergangsforderungen Erfolge erzielt und die Macht der Monopole einschränkt. In dem Maße, wie dieses Bündnis zu einer bestimmenden Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung wird, können bereits unter der Herrschaft der Monopole Keimformen einer neuen, antimonopolistischen politischen Macht entstehen.

Unsere Bündnisarbeit

Die DKP beteiligt sich an allen Kämpfen, die die kleinste Verbesserung der Lebens- und Kampfbedingungen der arbeitenden Menschen zum Ziel haben. Sie gibt diesen Kämpfen eine Perspektive, indem sie sie nutzt, um auf die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Entwicklung eines antimonopolistischen Bündnisses hinzuwirken.

In allen Bündnissen und Bewegungen arbeitet die DKP darauf hin, den Gegensatz zu den Monopolen und ihrem Staat herauszuarbeiten und die Kämpfe zusammenzuführen. Das bedeutet nicht nur, dass die Kommunisten ihren Beitrag als aktiver Teil der Bewegungen leisten. Es bedeutet auch, in der solidarischen Diskussion mit Bündnispartnern Selbstbeschränkungen der Bewegungen in Forderungen; Kampfformen und Ideologie sowie opportunistische Vorurteile zu überwinden. Der wichtigste Schritt dabei ist, dass die DKP wieder eine feste Verbindung zu den Massen der Arbeiterklasse herstellt und sich in der Klasse verankert.

Begründung:

Der Leitantrag stellt das Etappenziel einer „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“ in den Mittelpunkt. Er erweckt den Eindruck, dass eine solche „Wende“ ein notwendiger, gesetzmäßiger Schritt der historischen Entwicklung zum Sozialismus sein müsse – als seien keine anderen Möglichkeiten in den Verhältnissen angelegt. Wir wollen den entsprechenden Abschnitt aus drei Gründen ersetzen:

1. Die Vorstellung der „Wende“, wie sie im Antrag dargestellt wird, berücksichtigt nicht ausreichend die Bedeutung des subjektiven Faktors im revolutionären Prozess und die strategischen Aufgaben, die sich damit für die Partei stellen.
2. Die Vorstellung der „Wende“ erweckt den Eindruck, dass erfolgreiche Reformkämpfe fließend in die Revolution übergehen könnten, dass der Weg zur Revolution ohne Zuspitzung der Klassenwidersprüche verlaufen könne.
3. Die Vorstellung der „Wende“ ist eine einseitige Verarbeitung der Erfahrungen mit den Regierungen Brandt Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre. Sie verarbeitet weder die gegenwärtigen Verhältnisse noch die historischen Erfahrungen der kommunistischen Bewegung ausreichend.

Unser Änderungsantrag verfolgt deshalb das Ziel, unsere Strategie zu beschreiben, ohne dass wir den Eindruck erwecken, schon heute zu wissen, wie der Geschichtsprozess im Detail ablaufen wird. Stattdessen legt er den Fokus darauf, zu beschreiben, wie die subjektiven Voraussetzungen für die revolutionäre Umgestaltung entstehen können: Auf die Entwicklung der Arbeiterklasse zur „Klasse für sich“, auf die Frage, welchen Charakter das antimonopolistische Bündnis hat, auf welche Weise unsere Partei in den alltäglichen Reform- und Abwehrkämpfen dazu beiträgt an die Revolution heranzuführen.

Zu 1.: Reformkampf nutzen – wofür?

Im beschlossenen Leitantrag hat der 21. Parteitag eingeschätzt: „Es bedarf der Hegemonie der revolutionären Weltanschauung in der Arbeiterklasse, damit sie sich von der Klasse an sich zur Klasse für sich formieren kann.“ Dieser Satz versucht einen Teil dessen zu benennen, worin die riesige Aufgabe besteht, eine Kraft der Veränderung aufzubauen: Nur in den alltäglichen Abwehr- und Reformkämpfen kann sich die Arbeiterklasse zu einer Kraft entwickeln, die so bewusst, organisiert und erfahren ist, dass sie nicht mehr nur eine Masse ausgebeuteter Einzelner, sondern eine handelnde Kraft, ein Subjekt der Geschichte wird – ein Subjekt, das den Weg zur Lösung der Widersprüche unserer Gesellschaft zeigt und deshalb in der Lage ist, ein festes Bündnis mit allen Werktätigen Klassen und Schichten zu schließen und an bestimmten Punkten möglicherweise sogar mit kleinen und mittleren Kapitalisten zusammenarbeiten kann. Die gesamte Arbeit der kommunistischen Partei ist darauf ausgerichtet, diese Kraft der Klasse und dieses Bündnis herauszubilden. Eine Strategie des „Herankommens“ ist deshalb eine Strategie, die darauf ausgerichtet ist, die Arbeiterklasse und ihre (möglichen) Verbündeten an die Erkenntnis heranzuführen, dass die Revolution notwendig ist und ihre Fähigkeit zu entwi-

ckeln, die Revolution möglich zu machen – die zentrale Frage der Strategie ist die Entwicklung des subjektiven Faktors.¹

Der Leitantrag zum 22. Parteitag geht hinter diesen Beschluss zurück. Er beschreibt nur in Andeutungen – am genauesten in Z. 838 bis 844 – wie der subjektive Faktor heranreifen kann. Er benennt zwar, dass die Verankerung der DKP eine wichtige Voraussetzung für Veränderungen ist – bleibt dabei aber stehen. Er beschreibt nicht, wie die Partei dazu beitragen kann, für die „Hegemonie der revolutionären Weltanschauung in der Arbeiterklasse“ bzw. für die Überwindung der Hegemonie des Kapitals und die Herausbildung der Hegemonie der Arbeiterklasse zu arbeiten.

Dabei geht es für uns in den täglichen Abwehr- und Reformkämpfen vor allem darum, Klassenbewusstsein zu entwickeln: „Die große sozialistische Bedeutung des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes besteht darin, daß sie die Erkenntnis, das Bewußtsein des Proletariats sozialisieren, es als Klasse organisieren.“²

Genau dieses Verhältnis dreht der Leitantrag um. Er betont nicht die subjektive, sondern die objektive Bedeutung des Reformkampfes: „Die ‚Wende‘ wäre der Beginn der Durchsetzung sozialer Reformen und demokratischer Alternativen auf breiter Front und wäre auf Seiten der herrschenden Klasse mit einem Zurückweichen verbunden.“ (Z. 821–823, vgl. auch Z. 815f)

Wenn wir diese Herangehensweise genau nehmen würden, hieße das: In den Mittelpunkt stellen wir die Reformen, die die Bewegung tatsächlich im Kapitalismus erkämpfen kann. Dabei wissen wir doch, dass solche erreichten Erfolge immer einen Doppelcharakter haben, den unser Vorschlag im Gegensatz zum Leitantrag benennt. Der Leitantrag läuft darauf hinaus zu sagen: Der Weg zum Sozialismus führt über die Durchsetzung von Reformen, die Reformpolitik geht über in die Revolution. Das wiederum bedeutet, die Hauptaufgabe – die Entwicklung von Bewusstsein, Organisiertheit, Kampfformen, des subjektiven Faktors – zu vernachlässigen.³

Bisher hatten wir ein anderes Verständnis darüber, in welchem Verhältnis Reform und Revolution stehen. Im Mittelpunkt steht nach diesem bisherigen Verständnis, dass wir im Kampf für Verbesserungen Klassenbewusstsein und Kampfkraft entwickeln.

Zu 2.: Ohne revolutionäre Situation?

Die Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt beschreibt der Leitantrag so: Es handele sich um die „Durchsetzung demokratischer Alternativen, nicht nur punktuell, sondern zunehmend im gesellschaftlichen Maßstab“ (Z. 759f), um den „Beginn der Durchsetzung sozialer Reformen und demokratischer Alternativen auf breiter Front“ (Z. 821f) in einer Etappe, in der die kapitalistischen Verhältnisse im Wesentlichen noch bestehen.⁴ „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“ bedeutet also: Aus Abwehr- und Reformkämpfen ergibt sich ein verändertes Kräfteverhältnis. Unter diesen Bedingungen kann auch im Rahmen des Kapitalismus eine umfassende Reformpolitik durchgesetzt werden, mit spürbaren Verbesserungen in allen wichtigen Bereichen.

Der Leitantrag legt nahe, dass die „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“ ein notwendiger, also ein durch die Gesetzmäßigkeiten unserer Gesellschaft bestimmter, unumgänglicher Zwischenschritt auf dem Weg zum Sozialismus ist.⁵ Das Schema, das dem Leitantrag zugrunde liegt, ist also: Der Weg zum Sozialismus führt über eine umfassende Reformpolitik, die in weitergehende, revolutionäre Umgestaltungen übergeht. Die historischen Erfahrungen der Revolutionen des 20. Jahrhunderts zeigen, dass dieses Schema kein allgemeines Gesetz, sondern bestenfalls ein historischer Ausnahmefall sein kann.

Es hat bisher keinen Revolutionsprozess gegeben, der aus einer solchen Periode der Reformpolitik hervorgegangen ist, wie sie die „Wende“ sein soll.⁶ Auf die eine oder andere Weise haben sich alle Revolutionen aus der krassesten Zuspitzung der Widersprüche der alten Gesellschaft entwickelt, aus einer Krise der alten Gesellschaft – insbesondere den umfassenden und katastrophalen gesellschaftlichen Krisen, die die beiden Weltkriege waren. Lenin verallgemeinert 1915 die bisherigen Erfahrungen zu seiner Beschreibung der revolutionären Situation: Zu den objektiven Bedingungen gehöre eine krisenhafte Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche, die so weit geht, dass sowohl die Unteren nicht mehr wie bisher weiterleben wollen als auch die Oberen nicht mehr wie bisher weiter herrschen können.⁷ Das heißt nicht unbedingt, dass wir unter allen Umständen ausschließen können, dass unter bestimmten Bedingungen auch im Kapitalismus eine Massenbewegung umfassende Reformen erkämpfen kann und die Phase der Reformpolitik mehr oder weniger unmittelbar in eine Phase revolutionärer Umgestaltungen umschlagen könnte. Es heißt aber, dass wir unsere Strategie nicht auf diese Hoffnung aufbauen können.⁸

Zu 3.: Wie in den 70er Jahren?

Die DKP hat die Orientierung auf eine „Wende“ zum ersten Mal mit dem Programm von 1978 erarbeitet. Die Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt war „etwas Neues im Programm, das es so in vorangegangenen programmatischen Dokumenten unserer Partei noch nicht gab.“⁹ Bei dieser Beschreibung der „Wende“ „ging es um eine Aufgabe, die sich durch die politische Entwicklung und das gegebene Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik stellte.“¹⁰ In Jahren zuvor hatte sich unter der sozialliberalen Koalition unter dem Bundeskanzler Willy Brandt (1969 bis 1974) tatsächlich gezeigt, dass unter den kapitalistischen Verhältnissen eine relativ umfassende Reformpolitik erkämpft werden konnte. Unter diesen Bedingungen konnte es als möglich erscheinen, dass die bestehende Massenbewegung durchsetzt, die Reformen auch gegen den Willen der Bundesregierung weiter zu vertiefen und sich dabei so weiterentwickelt, dass auch weitergehende Umgestaltungen erkämpft werden können.

Georg Fülberth beschreibt vier Ursachen, die die umfassende Reformpolitik möglich machten: „Die Reformimpulse der Jahre 1969 ff. hatten insgesamt vier Ursachen: erstens den Nachholbedarf an Infrastruktur zur Sicherung und Weiterentwicklung des kapitalistischen Systems, insbesondere im Bildungswesen und zur Reproduktion der Arbeitskraft; zweitens die Entspannung im Ost-West-Konflikt; drittens die gewerkschaftlichen Bewegungen seit 1969. Viertens ging ein wichtiger Einfluß von der Aktivität der kritischen Intelligenz, insbesondere unter den Studierenden aus.“¹¹

Hier kamen also bestimmte Interessen der Bourgeoisie – eine flexiblere Taktik im Kampf gegen die sozialistischen Länder und eine Erneuerung ihrer eigenen Herrschaftsgrundlage – und die Kämpfe der Massen zusammen. Die Reformpolitik unter Brandt war nur möglich, weil ganz besondere historische Faktoren zusammenkamen, diese Erfahrung ist deshalb nicht verallgemeinerbar.

Die Erfahrungen der griechischen Arbeiterklasse seit 2009 lassen sich – bei allen Unterschieden – noch eher auf unsere Situation übertragen. Dort hat sich gezeigt: Im Moment der Krise konnte auch eine Massenbewegung wie es sie in Europa seit Jahrzehnten nicht gegeben hat die reaktionären Angriffe nur in kleinen Teilen aufhalten. Der internationale Druck und die wirtschaftliche Dynamik haben dazu geführt, dass die griechischen Regierungen keinerlei Zugeständnisse machen konnten – auch um den Preis einer vorübergehenden Instabilität ihres politischen Systems. Auch die Syriza-Regierung hat gezeigt: Solange eine Regierung unter diesen Bedingungen nicht den Bruch mit dem Kapital sucht, hat sie keine Möglichkeit für mehr als symbolische Zugeständnisse an die Bedürfnisse der Menschen.

Unser Änderungsantrag zielt deshalb darauf ab, nicht wie der Leitantrag von einem starren Schema „Wende – antimonopolistische Umgestaltung – sozialistische Revolution“ auszugehen. Wie der Weg zum Sozialismus in unserem Land verlaufen wird lässt sich in solchen Einzelheiten nicht voraussagen. Allerdings bedeutet das aus unserer Sicht auch, dass es möglich ist, dass sich die Widersprüche des Kapitalismus auf zerstörerische Weise zuspitzen – und, dass wir in unserer Strategie eine solche Möglichkeit nicht ignorieren können.

Anmerkungen:

1. „Was die objektiven Voraussetzungen angeht, ist die Bundesrepublik in der Tat nicht nur [...] reif, sondern überreif für den Sozialismus.“ Aber die subjektiven Bedingungen, die Bereitschaft der Arbeiterklasse, tatsächlich für den Sozialismus zu kämpfen, seien noch lange nicht gegeben. „Es geht dabei vor allem um die Frage des Bewußtseins, der Kampfbereitschaft, der Organisiertheit [...] der Arbeiterklasse.“ Denn große Teile der Arbeiterklasse stünden noch unter dem Einfluss opportunistischer oder bürgerlicher Ideologien. Daher gehe es darum, von diesem Bewusstseinsstand der Klasse auszugehen und eine solche Strategie zu erarbeiten, „die darauf abzielt, die Mehrheit der Arbeiterklasse anhand ihrer eigenen Erfahrungen im Klassenkampf an die Notwendigkeit des Sozialismus und des Kampfes für den Sozialismus heranzuführen. Unter den konkreten Bedingungen der Bundesrepublik heute bedeutet das aber vor allem, einen antimonopolistischen Kampf zu führen.“ Willi Gerns / Robert Steigerwald: Für eine sozialistische Bundesrepublik, 1976, S. 10f.
2. Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution?, <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1899/soz-refrev/> – der klassische Text zum marxistischen Verständnis der Dialektik von Reform und Revolution. Luxemburg weiter: „In der parteilichen Auffassung gelangt das Proletariat durch den gewerkschaftlichen und politischen Kampf zu der Überzeugung von der Unmöglichkeit, seine Lage von Grund aus durch diesen Kampf umzugestalten, und von der Unvermeidlichkeit einer endgültigen Besitzergreifung der politischen Machtmittel.“ (Ebd.) „Der Sozialismus erfolgt also aus dem alltäglichen Kampfe der Arbeiterklasse durchaus nicht von selbst und unter allen Umständen. Er ergibt sich nur aus den immer mehr sich zuspitzenden Widersprüchen der kapitalistischen Wirtschaft und aus der Erkenntnis der Arbeiterklasse von der Unerlässlichkeit ihrer Aufhebung durch eine soziale Umwälzung.“ (Ebd.)

1452
1453
1454
1455
1456
1457
1458
1459
1460
1461
1462
1463
1464
1465
1466
1467
1468
1469
1470
1471
1472
1473
1474
1475
1476
1477
1478
1479
1480
1481
1482
1483
1484
1485
1486
1487
1488
1489
1490
1491
1492
1493
1494
1495
1496
1497
1498
1499
1500
1501
1502
1503
1504
1505
1506
1507
1508
1509

Lenin schreibt: „Wir nutzen jedwede Reform [...]. Aber wir nutzen sie, um das revolutionäre Bewußtsein der Massen und den revolutionären Kampf der Massen zu entwickeln.“ Wladimir Iljitsch Lenin: Bericht des ZK der SDAPP und instruktive Hinweise für die Delegation des ZK zur Brüsseler Konferenz, in: Werke, S. 505–548, hier: S: 511. Zur Entwicklung des subjektiven Faktors im Kampf um politische und ökonomische Verbesserungen heißt es im Manifest: „[I]mmer mehr nehmen die Kollisionen zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Bourgeois den Charakter von Kollisionen zweier Klassen an. Die Arbeiter beginnen damit, Koalitionen gegen die Bourgeois zu bilden; sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohns. Sie stiften selbst dauernde Assoziationen, um sich für die gelegentlichen Empörungen zu verproviantieren. Stellenweis bricht der Kampf in Erneuten aus. Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Sie wird befördert durch die wachsenden Kommunikationsmittel, die von der großen Industrie erzeugt werden und die Arbeiter der verschiedenen Lokalitäten miteinander in Verbindung setzen. Es bedarf aber bloß der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampf zu zentralisieren. Jeder Klassenkampf ist aber ein politischer Kampf. Und die Vereinigung, zu der die Bürger des Mittelalters mit ihren Vizinalwegen Jahrhunderte bedurften, bringen die modernen Proletarier mit den Eisenbahnen in wenigen Jahren zustande.

Diese Organisation der Proletarier zur Klasse, und damit zur politischen Partei, wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst. Aber sie erhebt immer wieder, stärker, fester, mächtiger. Sie erzwingt die Anerkennung einzelner Interessen der Arbeiter in Gesetzesform, indem sie die Spaltungen der Bourgeoisie unter sich benutzt. So die Zehnstundenbill in England.“ Karl Marx / Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Werke, hg. von Institut f. Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, 1956-1990, S. 459-493, hier: S. 470f.

3. Das wird auch daran deutlich, wie der Leitantrag die Frage der Übergangsforderungen behandelt (Z. 812-816). Für den Leitantrag haben Übergangsforderungen nur die Funktion, dass sie die „Macht der Monopole einschränken und durch [ihre] Realisierung neue Spielräume“ erschließen könnten. Unser Änderungsantrag macht dagegen deutlich, welche Bedeutung Übergangsforderungen haben um den Widerstand auch heute zu formieren und weiterzuentwickeln.

Robert Steigerwald bezeichnet das als Grundproblem der Strategie und Taktik: „Im ‚Manifest‘ ist die Rede davon, wir müssten für Maßregeln eintreten, die, obgleich ökonomisch unzulänglich, im Kampf um ihre Verwirklichung über sich selbst hinaustreiben. Es geht um das Problem des Ausfindigmachens von Forderungen, Losungen, Kampf- und Aktionsformen, die es einem immer größer werdenden Teil der Klasse, der Werktätigen, möglich machen, an tiefere Einsichten, aktivere Kampfformen, festere Organisationen heranzukommen. Das ist das Geheimnis einer jeglichen Strategie, das Suchen nach den Übergängen, ein altes Problem, dessen Lösung mit Hegels Dialektik von Quantität und Qualität gelang.“ Robert Steigerwald: Material zum Thema Klassenbewusstsein. MASCH-Skript, <http://archiv.neue-impulse-verlag.de/veroeffentlichungen/masch-skripte/19-material-zum-thema-klassenbewusstsein.html>

Also: Unsere Übergangsforderungen müssen nicht nur irgendwie gegen die Monopole gerichtet sein (wie es der Leitantrag nahelegt). Sie müssen dazu beitragen, die subjektiven Voraussetzungen für den Kampf gegen die Monopole zu schaffen. Das benennt unser Änderungsantrag.

4. Das Programm von 1978 beschreibt die „Wende“ so: „Es geht darum, das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte zu verändern und eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt herbeizuführen. Das ist die den objektiven Notwendigkeiten entsprechende und den Realitäten unseres Landes Rechnung tragende Hauptzielsetzung der DKP in der gegenwärtigen Etappe.“ „Für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt eintreten, heißt vor allem Kampf gegen die Unterordnung jeder wirtschaftlichen Tätigkeit unter das kapitalistische Profitprinzip, für die Gewinnung von Einfluß der Arbeiterklasse auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik.“ (DKP: Mannheimer Programm (beschl. 1978), S. 18f.)

Es sei nicht möglich, vorauszusagen, ob bestimmte Aufgaben bereits durch die „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“ oder erst in einer späteren Kampfetappe gelöst werden können. Dies gelte auch für die Forderung nach „Verstaatlichung bei demok[r]atischer Kontrolle für die Großbanken und die Versicherungskonzerne, die Konzerne der Energiewirtschaft, der Stahlindustrie, der Atomindustrie und der Rüstungsindustrie. Diese Forderungen gehören zu den am weitesten gehenden im Kampf um eine Wende zu demokratischen und sozialem Fortschritt. Es ist aber ebensogut denkbar, daß ihre Verwirklichung zu den ersten Aufgaben einer antimonopolistischen Koalition gehören wird.“ (Herbert Mies, Willi Gerns: Weg und Ziel der DKP. Fragen und Antworten zum Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, Gesprächsführung: Robert Steigerwald, Frankfurt am Main: Verlag Marxistische Blätter, 1979, S. 74.)

Hier wird also gesagt, dass die „Wende“ sogar so weitreichende Reformen wie Verstaatlichungen bei demokratischer Kontrolle beinhalten könne. Allerdings: „Die in der Orientierung auf eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt gestellten Aufgaben gehen noch nicht über den Kapitalismus hinaus.“ (Ebd., S. 73)

5. Am deutlichsten wird das an folgender Formulierung: „Diese Wende ist die Voraussetzung dafür, dass sich [...] ein solches Kräfteverhältnis entwickeln kann, durch das eine Kampfetappe erreicht wird, die – wie Lenin sagt – ‚noch kein Sozialismus, aber schon kein Kapitalismus mehr (ist).‘“ (Z. 846-849, Herv. d. Antragstellers) Wenn die „Wende“ „die Voraussetzung“ wäre, wäre keine andere Entwicklung denkbar. Der Leitantrag sagt zwar, dass es auf dem Weg von der Defensive über die „Wende“ hin zu weitergehenden Umgestaltungen und die sozialistische Revolution auch Rückschläge und Verzögerungen geben kann (Z. 821-831). Das ändert aber nichts daran, dass es nach den Formulierungen im Leitantrag keine andere Möglichkeit für den Weg zum Sozialismus geben kann als das Schema „Reformpolitik – Kampfetappe antimonopolistischer Umgestaltung – sozialistische Revolution“. Möglicherweise liegt das nur daran, dass die entsprechenden Passagen unpräzise formuliert sind, aber in der

vorgelegten Formulierung lassen sie sich nicht anders verstehen.	1510
Willi Gerns macht deutlich, dass die DKP in ihren früheren programmatischen Äußerungen ein weniger schematisches Bild vom Geschichtsprozess hatte: „Im Gegensatz zu den Behauptungen mancher ultralinker Kritiker haben wir den Weg zum Sozialismus über eine antimonopolistische Demokratie allerdings nie in den Rang einer unumgänglichen Gesetzmäßigkeit erhoben.“ Willi Gerns: Die Problematik der Übergänge in der Programmatik der DKP 1968-1978, in: Revolutionäre Strategie in nichtrevolutionären Zeiten, Essen 2015, S. 145–152, hier: S. 149.	1511
Die gleiche Position haben Gerns und Steigerwald auch in den 70er Jahren vertreten. Willi Gerns / Robert Steigerwald: Für eine sozialistische Bundesrepublik, 1976, S. 15; Willi Gerns / Robert Steigerwald: Probleme der Strategie des antimonopolistischen Kampfes, 1973, S. 57.	1512
Wenn wir mit dem Leitantrag nun die Wende „in den Rang einer unumgänglichen Gesetzmäßigkeit“ erheben, laufen wir Gefahr, auch die Behauptungen „mancher ultralinker Kritiker“ zu bestätigen.	1513
	1514
	1515
	1516
5. In unserer Diskussion über die Antimonopolistische Demokratie wurden viele Beispiele für eine Etappe des revolutionären Prozesses genannt, die einen Übergang zwischen alter Ordnung und sozialistischer Revolution bilden würden: Z.B. die demokratische Revolution in Spanien, die Volksdemokratien in Osteuropa und die antifaschistisch-demokratische Ordnung in der SBZ bzw. der DDR, die UP-Regierung in Chile und die Nelkenrevolution in Portugal. Keine dieser Erfahrungen liefert Anhaltspunkte dafür, dass ein Weg zum Sozialismus ohne vorherige Zuspitzung der Widersprüche in einer tiefen gesellschaftlichen Krise möglich sein könnte.	1517
	1518
	1519
	1520
	1521
	1522
	1523
	1524
	1525
7. Lenin zur revolutionären Situation: „Für den Marxisten unterliegt es keinem Zweifel, daß eine Revolution ohne revolutionäre Situation unmöglich ist, wobei nicht jede revolutionäre Situation zur Revolution führt. Welches sind, allgemein gesprochen, die Merkmale einer revolutionären Situation? Wir gehen sicherlich nicht fehl, wenn wir folgende drei Hauptmerkmale anführen: 1. Für die herrschenden Klassen ist es unmöglich, ihre Herrschaft unverändert aufrechtzuerhalten; die eine oder andere Krise der ‚oberen Schichten‘, eine Krise der Politik der herrschenden Klasse, die einen Riß entstehen läßt, durch den sich die Unzufriedenheit und Empörung der unterdrückten Klassen Bahn bricht. Damit es zur Revolution kommt, genügt es in der Regel nicht, daß die ‚unteren Schichten‘ in der alten Weise ‚nicht leben wollen‘, es ist noch erforderlich, daß die ‚oberen Schichten‘ in der alten Weise ‚nicht leben können‘. 2. Die Not und das Elend der unterdrückten Klassen verschärfen sich über das gewöhnliche Maß hinaus. 3. Infolge der erwähnten Ursachen steigert sich erheblich die Aktivität der Massen, die sich in der ‚friedlichen‘ Epoche ruhig ausplündern lassen, in stürmischen Zeiten dagegen sowohl durch die ganze Krisensituation als auch durch die ‚oberen Schichten‘ selbst zu selbständigem historischem Handeln gedrängt werden. Ohne diese objektiven Veränderungen, die unabhängig sind vom Willen nicht nur einzelner Gruppen und Parteien, sondern auch einzelner Klassen, ist eine Revolution - in der Regel - unmöglich. Die Gesamtheit dieser objektiven Veränderungen wird denn auch revolutionäre Situation genannt. Eine solche Situation gab es 1905 in Rußland und in allen Revolutionsepochen im Westen; sie lag aber auch in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Deutschland und in den Jahren 1859-1861 und 1879/1880 in Rußland vor, obgleich es in diesen Fällen zu keiner Revolution kam. Warum? Weil nicht aus jeder revolutionären Situation eine Revolution hervorgeht, sondern nur aus einer solchen Situation, in der zu den oben aufgezählten objektiven Veränderungen noch eine subjektive hinzukommt, nämlich die Fähigkeit der revolutionären Klasse zu revolutionären Massenaktionen, genügend stark, um die alte Regierung zu stürzen (oder zu erschüttern), die niemals, nicht einmal in einer Krisenepoche ‚zu Fall kommt‘, wenn man sie nicht ‚zu Fall bringt‘. Das sind die marxistischen Auffassungen von der Revolution, die von allen Marxisten zu vielen, vielen Malen entwickelt und als unanfechtbar anerkannt und die gerade für uns Russen durch die Erfahrung des Jahres 1905 besonders anschaulich bestätigt worden sind.“ Wladimir Iljitsch Lenin: Der Zusammenbruch der II. Internationale, in: Werke, S. 197–256, hier: 206f, Herv. i. O..	1526
	1527
	1528
	1529
	1530
	1531
	1532
	1533
	1534
	1535
	1536
	1537
	1538
	1539
	1540
	1541
	1542
	1543
	1544
	1545
	1546
	1547
8. Wie weit diese Hoffnungen reichen können, zeigt ein Beispiel von Anfang der 80er Jahre. Zum Problem der „Wende“ schreiben zwei (bei Gerns und Steigerwald zitierte) sowjetische Wissenschaftler: „Heute ist die tatsächliche Demokratisierung der politischen Macht im Lande, die reale Verlagerung des Schwerpunktes der regierenden politischen Koalition nach links und die Erhöhung des Grades der tatsächlichen ‚Kontrolle des Volkes über die Verwaltung‘ nicht nur ein Rodeplatz, um von hier aus einen offeneren Kampf um den Sozialismus führen zu können, sondern auch ein direkter Anschlag auf die Produktionsverhältnisse des Kapitalismus, denn unter den Bedingungen des gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus sind die Verhältnisse des Eigentums an den Produktionsmitteln ganz eng mit der politischen Macht verflochten.“ (zit. n. Willi Gerns, Robert Steigerwald: Antimonopolistischer Kampf heute, Frankfurt a.M.: Verlag Marxistische Blätter, 1983, S. 49.)	1548
Mit dem Wechsel von der Kohl- zur Schröder-Regierung 1998 hat sich der „Schwerpunkt der regierenden politischen Koalition nach links“ verschoben. War dieser Wechsel „ein direkter Anschlag auf die Produktionsverhältnisse des Kapitalismus“?	1549
	1550
	1551
	1552
	1553
	1554
	1555
	1556
	1557
	1558
9. Herbert Mies / Willi Gerns: Weg und Ziel der DKP, 1979, S. 42. Vgl. Gerns: Die Problematik der Übergänge in der Programmatik der DKP 1968-1978, S. 149.	1559
	1560
10. Ebd	1561
	1562
11. Georg Fülberth: Leitfaden durch die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1983, S. 81f.	1563
	1564
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	1565
Ablehnung. Weiterleitung als Material für den PV bei der Weiterführung der Strategie- und Programmdiskussion nach dem 22. Parteitag.	1566
	1567

1568
1569
1570
1571
1572
1573
1574
1575
1576
1577
1578
1579
1580
1581
1582
1583
1584
1585
1586
1587
1588
1589
1590
1591
1592
1593
1594
1595
1596
1597
1598
1599
1600
1601
1602
1603
1604
1605
1606
1607
1608
1609
1610
1611
1612
1613
1614
1615
1616
1617
1618
1619
1620
1621
1622
1623
1624
1625

Begründung:

Die AK teilt nicht die Auffassung der Antragsteller, der Text des Leitantrages „erweckt den Eindruck, dass eine solche „Wende“ ein notwendiger, gesetzmäßiger Schritt der historischen Entwicklung zum Sozialismus sein müsse – als seien keine anderen Möglichkeiten in den Verhältnissen angelegt.“ (Vergl. Zeilen 821–837) sowie die letzten Abschnitte der Begründung: zu LA202.

Die 25692 Zeichen Erläuterungen und Begründung:en zum Antrag verdeutlichen nach Auffassung der AK das Dilemma der Antragsteller, die mit diesem beinahe Dreifachen ihres Antragstextes die Gesamtproblematik unnötig verkomplizieren, weil sie offenkundig glauben eine Kritik an „reformistischen“ Positionen der DKP-Strategie vorlegen zu müssen, die von der Partei aber gar nicht vertreten werden.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA207

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

Zeile 724

Antragstext:

Neu fassen wie folgt: Die antimonopolistische Strategie soll, ausgehend von den kurz- und mittelfristigen Interessen der Arbeiterklasse und der nichtmonopolistischen Schichten, an den revolutionären Bruch heranführen...

Begründung:

Ein wenig mehr revolutionstheoretische Herleitung scheint uns an dieser Stelle nötig zu sein.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA208

Antragsteller: KMV Regensburg

Zeilen 727–728:

Antragstext:

Streichen: „Zwischen der antimonopolistischen und der antikapitalistischen Orientierung gibt es keinerlei Gegensatz.“

Begründung:

Nicht nachvollziehbar, warum das hier steht. Was soll das klarmachen? Gibt es denn jemand, der gegen den Kapitalismus ist und für Monopole?

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Die Antragsteller verkennen womöglich den Umfang und auch die Bedeutung der „linken“ Kritik an der Strategie der DKP, die im Vorfeld des Parteitages sehr deutlich zutage getreten ist.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA209

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

Zeile 730 Sowie Zeile 756 und 762

Antragstext:

Zeile 730 (Überschrift) ersetzen durch: Für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“

Zeile 756: „Wende“ ersetzen durch „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“

Zeile 762: „Wende“ ersetzen durch „solche Wende“

Begründung:

1. Die Kurzformulierung „Wende“ ist, zumindest für den Gebrauch in kommunistischer Programmatik, durch die Konterrevolution 1989 ff „verbrannt“.

2. In unserem Sprachgebrauch verwendet, ist sie ein Begriff für Insider. Unser Leitantrag soll aber, wenn wir ihn richtig zu nutzen verstehen, aber auch nach außen wirken.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

a) Annahme der Änderungen zu Zeilen 730 und 756 (entsprechend dem vollständigen Wortlaut des Titels des Leitantrages) wie folgt:

Wende zu Friedens- und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt

b) Annahme der Formulierung in Zeile 762

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA210

Antragsteller: KMV Regensburg

Zeile 730 sowie 756 sowie 821

Antragstext:

In der Überschrift nicht „Wende“ in Anführungszeichen, sondern ausschreiben ohne Anführungszeichen: Die Bedeutung des Kampfs für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt.

Zeile 756 und Zeile 821:

Die Anführungsstriche bei „Wende“ weg.

Begründung:

Das Wort „Wende“ allein assoziiert sich mit zwei Niederlagen der Arbeiterbewegung: Kohls „geistig-moralische Wende“ in den 1980-er Jahren und die „Wende“ 1989/90.

Und nicht „um“, sondern „für“: Korrekter Bezug zum Programm

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA209

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

1626
1627
1628
1629
1630
1631
1632
1633
1634
1635
1636
1637
1638
1639
1640
1641
1642
1643
1644
1645
1646
1647
1648
1649
1650
1651
1652
1653
1654
1655
1656
1657
1658
1659
1660
1661
1662
1663
1664
1665
1666
1667
1668
1669
1670
1671
1672
1673
1674
1675
1676
1677
1678
1679
1680
1681
1682
1683

1684
1685
1686
1687
1688
1689
1690
1691
1692
1693
1694
1695
1696
1697
1698
1699
1700
1701
1702
1703
1704
1705
1706
1707
1708
1709
1710
1711
1712
1713
1714
1715
1716
1717
1718
1719
1720
1721
1722
1723
1724
1725
1726
1727
1728
1729
1730
1731
1732
1733
1734
1735
1736
1737
1738
1739
1740
1741

Antrag Nr. LA211

Antragsteller: Kreis Tübingen

Zeilen: 730

Antragstext:

Streichung der „Wende zu Friedens- und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt“ und des antimonopolistischen Übergangs aus dem Leitantrag. Das bedeutet im Einzelnen: Titel ändern in „Die Offensive des Monopolkapitals stoppen, Gegenkräfte formieren, sozialistische Perspektiven aufzeigen

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Antrag ist erledigt bei Annahme von LA001

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA212

Antragsteller: Kreis Tübingen

Zeilen: 730

Antragstext:

„Die Bedeutung des Kampfs um eine ‚Wende‘, ändern in „Aus der Defensive die Offensive vorbereiten“

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Es geht hier um die Erläuterung des Inhaltes und strategischen Platzes der „Wende“. Das muss auch in der Überschrift deutlich sein. Der Inhalt ist tatsächlich Stopp der Kapitaloffensive und Sammlung der Kräfte für weitergehende offensivere antimonopolistische Schritte.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA213

Antragsteller: BMV Nordbayern

Zeilen 732–734:

Antragstext:

Ursprünglicher Text: Bei den außerparlamentarischen Aktionen ... von Initiativen gegen Neo-nazismus ...

NEU: Bei den außerparlamentarischen Aktionen ... von Initiativen gegen Faschismus ...

Begründung:

Der Begriff ist klarer und greift weiter. Entsprechend ist der Kampf vieler Initiativen breiter als nur gegen das vermeintliche „neo“.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme in folgender Form:

Initiativen gegen Neonazis und Faschismus ...

Begründung:	1742
Die AK schlägt die Kombination beider Begriffe vor, weil damit die Kontinuität des historischen und des gegenwärtigen Faschismus besser erfasst wird. Aus stilistischen Gründen schlagen wir dann statt „Neonazismus“ den Begriff „Neonazis“ vor.	1743 1744 1745 1746
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	1747 1748 1749 1750
Antrag Nr. LA214	1751
Antragsteller: BMV Nordbayern	1752
Zeilen 734–736:	1753
Antragstext:	1754 1755
<u>Ursprünglicher Text:</u> ... gegen Verschlechterungen im Bildungs- und Gesundheitswesen, gegen Privatisierungen, Demokratieabbau und Freihandelsabkommen, gegen Umweltzerstörung ...	1756 1757 1758
<u>NEU:</u> ... gegen Verschlechterungen im Bildungs- und Gesundheitswesen, gegen Privatisierungen, Demokratieabbau, Freihandelsabkommen und Umweltzerstörung ...	1759 1760
Begründung:	1761
Sprachfluss	1762 1763
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	1764
Annahme	1765 1766
Begründung:	1767 1768
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	1769 1770 1771 1772
Antrag Nr. LA215	1773
Antragsteller: MV Kiel	1774
Zeilen: 738	1775
Antragstext:	1776 1777
ersatzlose Streichung von „neoliberal“	1778 1779
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	1780
Annahme	1781 1782
Begründung:	1783
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	1784 1785 1786 1787
Antrag Nr. LA216	1788
Antragsteller: BMV Nordbayern	1789
Zeilen 739–740:	1790
Antragstext:	1791 1792
<u>Ursprünglicher Text:</u> Die Abwehrkämpfe gegen Verschlechterungen überwiegen.	1793 1794
<u>NEU:</u> Die Abwehrkämpfe gegen Verschlechterungen überwiegen den Kampf um neue Errungenschaften.	1795 1796 1797
Begründung:	1798
Es fehlt ansonsten der Vergleich, da er auch in den Sätzen vorher nicht geliefert wurde.	1799

1800 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**
1801 Annahme

1802
1803 **Begründung:**

1804
1805 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**
1806

1807
1808

1809 **Antrag Nr. LA217**
1810 **Antragsteller: KMV Regensburg**
1811 **Zeile 740:**
1812 **Antragstext:**

1813
1814

Streichen: „Diese Defensive, in der sich die Arbeiterbewegung und die demokratischen Kräfte befinden, ist die andere Seite der Offensive des Monopolkapitals.“

1815
1816

1817 **Begründung:**
1818 Das ist eine Tautologie. Wenn das Kapital in der Offensive ist, ist die Arbeiterklasse in der De-
1819 fensive. Die Dialektik von Stärke oder Schwäche der einen Seite in Bezug zu der der anderen
1820 Seite wird so nicht erfasst.

1821
1822

1822 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

1823 Annahme
1824

1825 **Begründung:**

1826
1827 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**
1828

1829
1830

1831 **Antrag Nr. LA218**
1832 **Antragsteller: Kreis Tübingen**
1833 **Zeilen: 751–754**
1834 **Antragstext:**

1835
1836

Streichen: „Zugleich können [...] sozialem Fortschritt“

1837
1838

1838 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

1839 Ablehnung
1840

1841 **Begründung:**

1842 Die vorgeschlagene Streichung bezieht sich auf den letzten Satz eines Zitates aus dem Par-
1843 teiprogramm. Ihn zu streichen hieße, den Text und den Sinn des Originalzitates nicht komplett
1844 wiederzugeben, nur weil der von den Antragstellern grundsätzlich und mehrfach abgelehnte
1845 „Wende“-Begriff darin enthalten ist. Die AK hat hingegen mehrfach empfohlen, den Inhalt und
1846 den Begriff der Wende als aktuellen und bedeutsamen Bestandteil der Gesamtstrategie nicht
1847 nur beizubehalten, sondern ihn auch zu aktualisieren.

1848
1849

1849 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**
1850

1851
1852

1853
1854

1855
1856

1857

Antrag Nr. LA219

Antragsteller: Wohngebietsgruppe Stuttgart – Bad Cannstatt

Nach Zeile 754

Antragstext:

Ergänzen: Dies darf nicht reformistisch als bloße Aneinanderreihung von Reformen verstanden werden, sondern als die maximale Entfaltung von Klassenkämpfen, um so konkret wie möglich Banken und Konzerne ins Visier zu nehmen. Hauptziel dabei ist die Entwicklung von Klassenbewusstsein, Zurückdrängung des Opportunismus innerhalb der Arbeiterbewegung, Stärkung der Organisiertheit der Arbeiterklasse, maximale Stärkung unserer Partei und von Gegenmachtstrukturen. Dazu gehören u. a. kämpferische gewerkschaftliche Vertrauenskörper, Betriebs- und Personalräte sowie Interessenvertretungsstrukturen auf kommunaler Ebene. Es geht letztlich um die Veränderung der Hegemonie zugunsten der Arbeiterklasse. Reformkämpfe müssen an die Grenzen des Kapitalismus heranführen und damit die Notwendigkeit des Bruchs mit der Monopolmacht verdeutlichen.

Begründung:

Diese Ergänzung erscheint uns notwendig, um den entscheidenden Charakter des Kampfes um die „Wende“ als Veränderung des Kräfteverhältnisses, v. a. zur Entwicklung von Klassenbewusstsein, unmissverständlich zu verdeutlichen.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Ablehnung

Begründung:

In diesem Abschnitt wie in dem ganzen Kapitel geht es um die Bedeutung der Wende und ihre Einbettung in die antimonopolistische Strategie.

Die AK teilt die Absichten der Antragsteller, Missverständnissen unserer Orientierung auf die „Wende“ auszuräumen. Dies wird aber bereits erledigt bei Annahme der Zeilen 756 bis 770. Missverständnisse und Fehldeutungen werden u. a. auch im folgenden Abschnitt 756–770 benannt und ausgeräumt.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA220

Antragsteller: Kreis Tübingen

Zeilen: 756–760

Antragstext:

„Die ‚Wende‘ ist [...] gesellschaftlichen Maßstab“ ändern in „Der Übergang von reinen Abwehrkämpfen hin zu Reformkämpfen zur Verbesserung der Lebens- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse im gesellschaftlichen Maßstab ist unser nächstes Etappenziel im Rahmen unserer antimonopolistischen Strategie. Damit die Arbeiterklasse beginnt selbstbewusst und offensiv ihre Interessen zu artikulieren und dafür zu kämpfen braucht es bereits ein hohes Maß an Klassenbewusstsein und Klassenorganisation. Welche der Forderungen sich im Zuge dieser Etappe erkämpfen lassen ist nicht vorherzusehen. Weil die Verteilungsspielräume aber weiter sinken, werden selbst scheinbar kleine Reformforderungen entschieden bekämpft werden. Wir wissen, dass auch punktuelle Erfolge in dieser Etappe das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit nicht grundsätzlich umkehren. Kein Erfolg ist damit langfristig gesichert so lang die Arbeiterklasse nicht die politische Macht errungen hat.“

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Ablehnung

Begründung:

Vergleiche die Begründung: zu LA219

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

1858
1859
1860
1861
1862
1863
1864
1865
1866
1867
1868
1869
1870
1871
1872
1873
1874
1875
1876
1877
1878
1879
1880
1881
1882
1883
1884
1885
1886
1887
1888
1889
1890
1891
1892
1893
1894
1895
1896
1897
1898
1899
1900
1901
1902
1903
1904
1905
1906
1907
1908
1909
1910
1911
1912
1913
1914
1915

1916
1917
1918
1919
1920
1921
1922
1923
1924
1925
1926
1927
1928
1929
1930
1931
1932
1933
1934
1935
1936
1937
1938
1939
1940
1941
1942
1943
1944
1945
1946
1947
1948
1949
1950
1951
1952
1953
1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973

Antrag Nr. LA221

Antragsteller: Gruppe Dortmund Nord

Zeilen: 757

Antragstext:

Ersetzen von „ermöglicht“ durch „beschreibt“

Begründung:

Die bisherige Wortwahl ist unpräzise. Die Wende ermöglicht nicht den Übergang zur Offensive, sie ist der Übergang. Der Begriff bezeichnet bzw. beschreibt diesen Übergang. Die Präzisierung erscheint bedeutsam, um ein falsches Verständnis des Begriffs, der bspw. die Wende zu einer Art Subjekt werden lässt, zu vermeiden.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA222

Antragsteller: Gruppe Dortmund Nord

Zeilen: 760 sowie 821–823

Antragstext:

Streichen in Zeile 821–823 und einfügen in Zeile 760 nach „...Maßstab.“:

„Die „Wende“ wäre der Beginn der Durchsetzung sozialer Reformen und demokratischer Alternativen auf breiter Front und wäre auf Seiten der herrschenden Klasse mit einem Zurückweichen verbunden.“

Begründung:

Die Abschnitte, die sich explizit mit der Wende befassen, stehen somit zusammen. Das erleichtert die Erfassung des Inhalts und strukturiert den Text besser. In diesem Fall erscheint es wichtig, den zuvor eingeführten Begriff der Wende zunächst genauer zu beschreiben und zu erläutern.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Die Änderung würde nach Ansicht der AK den Sinn der Passage Zeile 821ff zerreißen.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA223

Antragsteller: KMV Regensburg

Zeile 760:

Antragstext:

Nicht „im gesellschaftlichen Maßstab“, sondern: „im gesamtgesellschaftlichen Maßstab“.

Begründung:

Redaktionell. Gesellschaftlich ist beides. Gemeint ist aber der Gegensatz zu punktuell.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA224**Antragsteller: Gruppe Dortmund Nord****Zeilen: 761****Antragstext:**

Einfügen:

Historisch ist eine solche Lage („Wende“) am ehesten mit der Situation Anfang der 1970er Jahre vergleichbar. Damals gab es aufgrund der atomaren Stärke der SU, der sich anbahnenden Niederlage im Vietnamkrieg und der herannahende Wirtschaftskrise einen konzeptionellen Schwenk vom konfrontativen Roll Back zum „Wandel durch Annäherung“, zur „Konterrevolution auf Filzlatschen“ (Otto Winzer). Die durch den Vietnamkrieg politisierte, rebellische Jugend, die zwar reformerische aber noch klassenbewusst-starke Gewerkschaftsbewegung, der noch lebendige Pazifismus konnten vor allem im gesellschaftlich-kulturellen Bereich und an den Hochschulen deutliche Zugeständnisse der Herrschenden erkämpfen. Zugeständnisse, die auch durch die Übernahme keynesianischer Konzepte in der Wirtschaftspolitik unterstützt wurden. Diese Phase ging allerdings schon in der Amtszeit von Helmut Schmidt zu Ende. Das illustriert das Niveau der Änderung des Kräfteverhältnisses, das für die erfolgreiche Erreichung des Ziels einer strategischen „Wende“ erforderlich ist.“

Begründung:

Erläutert die Zeilen 821–823, die nach vorstehendem Antrag in Zeile 760 eingefügt werden sollen. Es geht um eine Verdeutlichung des Begriffs der Wende, der nach wie vor mit Unklarheiten in der Parteidiskussion konfrontiert ist. Mit der hierzu bemühten Analogie zu der Situation Anfang der 1970er Jahre wird deutlicher, welches Kräftelevel die Wende bezeichnet bzw. für eben diese Wende nötig ist. Dabei geht es nicht um Detailfragen der Analogie, sondern um eine Einschätzung der gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisse.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Die AK begrüßt den Versuch mit Hilfe einer historischen Analogie den Begriff Wende zu illustrieren. Sie hält das benutzte Beispiel inhaltlich allerdings nicht für passend. Diese damalige Entwicklung, die von relativ starken außerparlamentarischen Bewegung nicht mit, sondern gegen eine Koalition von SPD und FDP geprägt wurde, war eine Phase innerhalb des Stamokap der BRD, in der die damalige Regierung das Instrument staatsmonopolistischer Reformen in einigen Bereichen favorisierte, Dafür stand u. a. der SPD „Orientierungsrahmen 1980“. Dies war eine sog. „etatistische Variante“ von Reformpolitik innerhalb des staatsmonopolistischen Kapitalismus. (Vergl. die Arbeiten von Huffs Schmidt/Jung/Schleifstein aus den frühen 80er Jahren über „Varianten des Stamokap“.)

Dies war aber keinesfalls mit auch nur einer ansatzweisen antimonopolistischen Stoßrichtung verbunden: Diese Orientierung wurde absolut im Sinne der Herrschaft des Monopolkapitals durchexerziert und auch mit Hilfe der Berufsverbote und anderer antidemokratischer Maßnahmen im Zuge der „Terroristen-Bekämpfung“ flankiert.

Die AK ist überdies der Meinung, dass Illustrationen im Gesamttext nur sparsam einzusetzen sind und dass dies an dieser Stelle auch unnötig ist, weil der Text deutlich genug ist und durch die vorherigen Änderungen bereits das Anliegen der Antragsteller inhaltlich befriedigt sein müsste.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025
2026
2027
2028
2029
2030
2031

2032
2033
2034
2035
2036
2037
2038
2039
2040
2041
2042
2043
2044
2045
2046
2047
2048
2049
2050
2051
2052
2053
2054
2055
2056
2057
2058
2059
2060
2061
2062
2063
2064
2065
2066
2067
2068
2069
2070
2071
2072
2073
2074
2075
2076
2077
2078
2079
2080
2081
2082
2083
2084
2085
2086
2087
2088
2089

Antrag Nr. LA225

Antragsteller: Kreis Tübingen

Zeilen: 762

Antragstext:

Nach „Wende“ ergänzen „von reinen Abwehrkämpfen hin zu Offensivkämpfen“

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Die Intention der Antragsteller ist durch die vorangehenden Zeilen 756–761 bereits abgedeckt.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA226

Antragsteller: Kreis Tübingen

Zeilen: 765

Antragstext:

„Fortschritt“ ändern in „Offensivkämpfe“

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme in veränderter Form:

... für die Durchsetzung einer Wende in Richtung Fortschritt hin zur Entwicklung von offensiveren Kämpfen werden Wahlen und Wahlergebnisse keinesfalls ausreichen.

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA227

Antragsteller: Gruppe Dortmund Nord

Zeilen: 767

Antragstext:

Ersetzen von „neoliberale Politik“ durch „neoliberalen Strategien der Herrschenden“

Begründung:

Die vorgeschlagene Formulierung ist inhaltlich genauer. Die Zuspitzung auf „die Politik“ wird den Dimensionen des Neoliberalismus inhaltlich nicht gerecht. Sprachlich-logisch ist es im Original ebenfalls „schief“, da eine linke Regierung, so sie denn Regierung ist, formell „die Politik“ macht, sich also nicht an sich selbst anpassen kann.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme in veränderte Form durch Streichung von „an die neoliberale Politik“ insgesamt

Begründung:

Es geht um die generelle Gefahr der Anpassung an die sog. „Sachzwänge“, der eine progressive Regierungspolitik ausgesetzt ist.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA228

Antragsteller: BMV Nordbayern

Zeilen 783–786:

Antragstext:

Ursprünglicher Text: Der staatsmonopolistische Kapitalismus von heute ist um ein Vielfaches ausgereifter und komplexer als vor 100 Jahren. Noch mehr als damals stellt er die unmittelbare materielle Vorbereitung der nächsthöheren sozialistischen Gesellschaft dar.

NEU: Der staatsmonopolistische Kapitalismus von heute ist um ein Vielfaches ausgereifter und komplexer als vor 100 Jahren. Noch mehr als damals stellt er die unmittelbare materielle Vorbereitung der nächsthöheren, der sozialistischen Gesellschaft dar.

Begründung:

Gemeint ist sicherlich, dass der Sozialismus ein gesellschaftlicher Fortschritt gegenüber dem Kapitalismus ist und nicht, dass nun ein besserer Sozialismus möglich wäre.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA229

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

Zeile 785

Antragstext:

Streiche „nächsthöheren“

Begründung:

Missverständlich formuliert. Gemeint ist vermutlich: „... der nächsthöheren, der sozialistischen Gesellschaft“. Oder haben wir schon eine, die aber noch nicht hoch genug entwickelt ist und auf eine noch höher entwickelte folgt? Das Wort bringt hier keinen Erkenntnisgewinn, außerdem sollten wir keinen geschichtlichen Automatismus propagieren (vgl. Anm. zu Z. 80–81).

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA228

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA230

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

Zeile 803–804

Antragstext:

Neu fassen wie folgt: Er ist Ausdruck des Systemcharakters und der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus und der Schwäche antikapitalistischer Kräfte.“

Begründung:

Was wir erleben, nämlich das „Weg“ vom Klassenkompromiss, ist das Zurück des Kapitalismus

2090
2091
2092
2093
2094
2095
2096
2097
2098
2099
2100
2101
2102
2103
2104
2105
2106
2107
2108
2109
2110
2111
2112
2113
2114
2115
2116
2117
2118
2119
2120
2121
2122
2123
2124
2125
2126
2127
2128
2129
2130
2131
2132
2133
2134
2135
2136
2137
2138
2139
2140
2141
2142
2143
2144
2145
2146
2147

2148 zu seinen Wurzeln! Das sollten wir betonen anstatt den Eindruck zu erwecken, es handele sich
2149 um eine Art Notprogramm, das die Kapitalisten eigentlich auch nicht wollen können.

2150

2151

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

2152

Annahme

2153

2154

Begründung:

2155

2156

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

2157

2158

2159

2160

Antrag Nr. LA231

2161

Antragsteller: BMV Nordbayern

2162

Vor Zeile 820:

2163

Antragstext:

2164

2165

Einfügen als Zwischenüberschrift: „Die Kraft der Arbeiterklasse ist entscheidend“

2166

2167

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

2168

Annahme

2169

2170

Begründung:

2171

2172

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

2173

2174

2175

2176

Antrag Nr. LA232

2177

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

2178

Zeilen 821–823

2179

Antragstext:

2180

2181

Neu fassen wie folgt:

2182

Als Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt bezeichnen wir den Beginn der Durchsetzung sozialer Reformen und demokratischer Alternativen auf breiter Front durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten. Er wäre auf Seiten der herrschenden Klasse mit einem Zurückweichen verbunden. Ob und in welchem Tempo dieser Stopp der Offensive des Kapitals und der Übergang von der Defensive der antikapitalistisch-antimonopolistischen Kräfte zur Offensive zu weiteren Schritten bis hin zum revolutionären Bruch mit der Macht des Monopolkapitals führt und ob der Bruch in einer oder in mehreren Etappen erfolgt, hängt ab von der Stärke und Reife, die die Arbeiterbewegung und ihre Verbündeten im Verlaufe des Kampfes entwickeln – also vom Entwicklungsgrad des subjektiven Faktors im Klassenkampf –, vom Kräfteverhältnis der Klassen sowie von weiteren konkreten subjektiven und objektiven Bedingungen, die im Einzelnen nicht vorhersagbar sind.

2193

2194

Begründung:

2195

Wenn es „allein“ vom Kräfteverhältnis abhinge, dann hinge es eben nicht auch von den anderen genannten Bedingungen ab. Außerdem ist der subjektive Faktor (d. h. Stärke und Reife der Arbeiterklasse bzw. ihre Entwicklung von der Klasse an sich zur Klasse für sich) ein Faktor des Kräfteverhältnisses und sollte auch so eingeordnet werden.

2196

2197

2198

2199

2200

2201

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Annahme

2202

2203

Begründung:

2204

2205

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA233

Antragsteller: Kreis Tübingen

Zeilen: 821–823

Antragstext:

streichen

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA232

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA234

Antragsteller: Gruppe Dortmund Nord

Zeilen: 823–836

Antragstext:

Streichen ab „Ob und in welchem...“

Begründung:

Beschriebene ist trivial und allzu abstrakt. Natürlich hängt das von dem Kräfteverhältnis der Klassen ab, von den subjektiven und objektiven Bedingungen, wie überhaupt alle menschliche Gesellschaftsentwicklung. Die Frage ist nur, was diese Selbstverständlichkeit hier nutzt.

Der Seitenhieb hinsichtlich „Kaderorganisation“ ist überflüssig und eher geeignet als mangelnde Souveränität unseres Leitantrags gewertet zu werden.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA232

Begründung:

Die AK erlaubt sich hier den Hinweis, dass er die Etikettierung des Entwurfs des PV mit den Attributen „mangelnde Souveränität“ und „trivial“ für reichlich anmaßend hält.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA235

Antragsteller: Kreis Tübingen

Zeilen: 823–828

Antragstext:

„Ob und in welchem Tempo [...] Kräfteverhältnis der Klassen ab“ ändern in: „Ob und in welchem Tempo der Übergang von Abwehrkämpfen über gesellschaftliche Kämpfe um progressive Reformen hin zu weiteren Schritten bis zum revolutionären Bruch mit der Macht des Kapitals führt, hängt stark vom Kräfteverhältnis der Klassen ab.“

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA232

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

2206
2207
2208
2209
2210
2211
2212
2213
2214
2215
2216
2217
2218
2219
2220
2221
2222
2223
2224
2225
2226
2227
2228
2229
2230
2231
2232
2233
2234
2235
2236
2237
2238
2239
2240
2241
2242
2243
2244
2245
2246
2247
2248
2249
2250
2251
2252
2253
2254
2255
2256
2257
2258
2259
2260
2261
2262
2263

2264
2265
2266
2267
2268
2269
2270
2271
2272
2273
2274
2275
2276
2277
2278
2279
2280
2281
2282
2283
2284
2285
2286
2287
2288
2289
2290
2291
2292
2293
2294
2295
2296
2297
2298
2299
2300
2301
2302
2303
2304
2305
2306
2307
2308
2309
2310
2311
2312
2313
2314
2315
2316
2317
2318
2319
2320
2321

Antrag Nr. LA236

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

Zeilen 833–836

Antragstext:

Neu fassen wie folgt:

Elemente des subjektiven Faktors im Klassenkampf sind neben der Kampfkraft der Gewerkschaften und dem einigen Handeln der Arbeiterbewegung der politische und kulturelle Einfluss und die organisatorische Kraft der kommunistischen Partei. Zwingende Voraussetzungen dafür sind ihre ideologische Festigkeit, ihre Fähigkeit zur schöpferischen Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus, ihre starke Verankerung in der Arbeiterklasse und in der Gesellschaft sowie ihr einheitliches Handeln. Die DKP setzt sich zum Ziel, sich zu einer solchen kommunistischen Partei zu entwickeln. Ob und inwieweit es der kommunistischen Partei möglich ist, sich in offener und freier politischer Auseinandersetzung flexibel mit den Massen zu verbinden oder ob sie gezwungen ist, zeitweise als Kaderorganisation zu arbeiten, hängt jeweils von der Härte des Klassenkampfes und der Fähigkeit des Klassegegners ab, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken.“

Begründung:

Satz 1 ist stark verkürzt, Satz 2 ahistorisch. Da es an dieser Stelle um Aspekte des subjektiven Faktors und um den unverzichtbaren Beitrag geht, den die kommunistische Partei zu seiner Entwicklung zu leisten hat, sollten wir hier etwas ausführlicher und differenzierter argumentieren.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme in folgender Form:

„Unbedingt zählen dazu die organisatorische Kraft und der Einfluss der DKP. Zwingende Voraussetzungen dafür sind ihre ideologische Festigkeit, ihre Fähigkeit zur schöpferischen Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus, ihre starke Verankerung in der Arbeiterklasse und in der Gesellschaft sowie ihr einheitliches Handeln. Eine abgekapselte...“

Begründung:

Die weiteren Hinzufügungen erscheinen unnötig.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA237

Antragsteller: GO Stuttgart Nord

Zeilen: 833–836

Antragstext:

Zeilen 833–836 ersetzen durch:

„Die DKP betrachtet deshalb die hier dargelegten Überlegungen als Zwischenstand. Sie stellen den Auftakt einer breiten Debatte zur Schaffung von Möglichkeiten zur Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und einer schöpferischen Suche nach Übergängen zum Sozialismus dar. Diese müssen immer wieder in der Praxis überprüft werden und schon heute ihre Richtigkeit beweisen durch die Stärkung der Abwehrkämpfe. Die Verankerung der DKP in der Arbeiterklasse und den Massen, ihre allseitige Stärkung, ist damit gleichzeitig Voraussetzung und Ergebnis der Diskussion um die Strategie der Kommunistischen Bewegung. Das Ziel ist, die Strategie der DKP unter Berücksichtigung ihrer Geschichte und der Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung weiter zu entwickeln.“

Begründung:

Zur Begründung: möchte wir Manne Grüß zitieren: „1. In wie weit gelingt es uns, möglichst exakt zu bestimmen, worin sich der Antagonismus zwischen Monopolbourgeoisie und antimonopolpolitischen Volksschichten mit der Arbeiterklasse als Kern heute herausbilden?“

Der Leitantrag des PVs an den 22. Parteitag weist eindeutig darauf hin, dass wir diesen Weg der Strategieentwicklung gehen wollen. Er zeigt aber m.E. auch unsere Grenzen auf: Dass unser marginaler Einfluss in der Klasse einhergeht mit einer Unkenntnis, in welchen konkreten Formen sich der anhaltende Klassenkampf von oben im Bewusstsein der Arbeiterklasse widerspiegelt und welche Schlussfolgerungen daraus in der Parteiarbeit zu ziehen sind. Wir sehen hier also: Ein theoretisches Problem der Partei – nämlich die Strategieentwicklung – stößt an ihre Grenzen aufgrund der mangelnden Erfahrung der Partei in der politischen Praxis. Das wiederum ist im Wesentlichen ein Problem der Organisationspolitik.“

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung und der Begründung: der AK zu LA002 zum Fortgang der Parteidebatte.

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA238

Antragsteller: KMV Offenbach

Zeilen: 833–836

Antragstext:

Zeile 833–836 streichen

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA236

Begründung:

Angesichts der laufenden Kontroverse in Teilen der Partei und des sozialistischen Jugendverbandes über den Charakter revolutionärer sozialistischer und kommunistischer Organisationen hält die AK diesen Passus für notwendig.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA239

Antragsteller: KMV Regensburg

Zeile 835–836:

Antragstext:

Streichen den Satz: „Eine abgekapselte Kaderorganisation ist dazu nach allen Erfahrungen der Klassenkämpfe nicht in der Lage.“

Begründung:

Eine Kaderorganisation ist doch nicht per se „abgekapselt“, sondern ein Element von Strategie und Taktik, wie sich die Avantgarde unter konkreten Bedingungen organisieren muss. Kader – Masse: Richtig bestimmt ist das Verhältnis in den Zeilen 1112–1114.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA236

Begründung:

Die AK weist darauf hin, dass der Leitantrag an dieser Stelle nicht generell von und auch nicht gegen „Kaderorganisation“ spricht, sondern im Zusammenhang mit den vorangegangenen Abschnitten über die Notwendigkeit einer deutlich gesteigerten Aktivität der Arbeiterklasse im Kampf

2322
2323
2324
2325
2326
2327
2328
2329
2330
2331
2332
2333
2334
2335
2336
2337
2338
2339
2340
2341
2342
2343
2344
2345
2346
2347
2348
2349
2350
2351
2352
2353
2354
2355
2356
2357
2358
2359
2360
2361
2362
2363
2364
2365
2366
2367
2368
2369
2370
2371
2372
2373
2374
2375
2376
2377
2378
2379

2380 gegen die Offensive des Großkapitals (insbesondere den Zeilen 821–830 in der vorgeschlagenen
2381 veränderten Version) die Gefahr der „Abkapselung“ gemeint ist. Das wird- wie ja auch die Antrag-
2382 steller selber erkannt haben – später in den Zeilen 1112–1114 klar ausgedrückt. Im Übrigen hat
2383 die DKP nach Ansicht der AK derzeit nicht zu viele, sondern viel zu wenige „Kader.“

2384
2385
2386
2387
2388

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

2389
2390
2391
2392
2393

Antrag Nr. LA240

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

Zeilen 838–844

Antragstext:

2394
2395

Neu fassen wie folgt:

2396
2397
2398
2399
2400
2401
2402
2403

Die heutigen Abwehrkämpfe sind das Feld, auf dem sich die Kräfte für grundlegende Veränder-
ungen sammeln können. Ihr Erfolg, ihre Stärke und Qualität entscheiden über Tempo und Aus-
maß künftiger revolutionärer Umbrüche. Defensivkämpfe und die längerfristige Vorbereitung
einer eigenen Offensive der Arbeiterbewegung und ihrer Verbündeten sind keine getrennten
Aufgaben und strategischen Optionen. Ob und inwieweit dies versucht wird und gelingt, hängt
zuerst vom bewussten Handeln des marxistischen Kerns der Arbeiterbewegung, von der
strategisch begründeten Anlage und Zuspitzung der Klassenkämpfe, ab. Hier liegt die Kernauf-
gabe der kommunistischen Partei.

2404
2405

Begründung:

2406
2407
2408
2409

Findet die Sammlung der Kräfte für grundlegende Veränderungen wirklich bereits in den heuti-
gen Abwehrkämpfen statt? Und dann auch noch spontan?? Wir denken: sie kann es tun, aber
nur, wenn der Prozess bewusst gesteuert bzw. gefördert wird.

2410
2411

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA236

2412
2413

Begründung:

2414
2415

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

2416
2417

2418
2419

Antrag Nr. LA241

Antragsteller: WG Frankfurt Nordwest-Eschersheim

Zeilen 842–844:

Antragstext:

2420
2421
2422

Einfügung und Streichung:

2423
2424
2425

... getrennten Aufgaben. Dazu zählt auch die Sammlung aller fortschrittlichen Kräfte in einem
gemeinsam handelnden Linksblock.

2426
2427

Rest Zeilen 842 bis 844 streichen.

2428
2429

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

2430
2431

Begründung:

2432
2433

Der Leitantrag und die Essenz seiner zahlreichen Ergänzungen betonen an diversen Stellen
bewusst den Klassencharakter der antimonopolistischen Strategie mit der Aktionseinheit der
Arbeiterklasse als ihrem Kern. Die AK hält dies für politisch klarer als den unspezifischeren
Begriff „Linksblock“.

2434
2435
2436

2437

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA242**Antragsteller: Gruppe Dortmund Nord****Zeilen: 846–864****Antragstext:**

Ersetzen durch:

„Das strategische Etappenziel einer „Wende“ erscheint allerdings aufgrund der derzeitigen historischen Schwäche der revolutionären aber auch der reformistischen Kräfte in Deutschland auf absehbare Zeit nicht erreichbar. Es rückt damit bezüglich seines Zeithorizonts in die Ferne, hin zu einer propagandistischen Perspektive, auf die es hinzuarbeiten gilt. Die konkrete Lagebestimmung des Imperialismus, der Kräfteverhältnisse und der Lage der Partei in Abgleich mit der strategischen Etappenzielsetzung erfordern heute umso dringlicher die Bestimmung aktueller und künftiger Klassenkämpfe und abgeleiteter, zumindest potentiell erreichbarer Nahziele.

Es wird auf mittelfristige Sicht vornehmlich um unsere Zähigkeit und Ausdauer im Führen von Abwehrkämpfen gehen. Es gilt, das Rückwärtsgehen möglichst zu verlangsamen und dabei Kräfte zu sammeln und zu formieren, Klassenbewusstsein zu schaffen, Auffanglinien zu formulieren und zu finden und sowie den neoliberalen Imperativ, TINA, zumindest partiell zu durchbrechen. Hierzu muss sich die DKP Aufgaben und Ziele stellen, die aus den realen Kämpfen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten entspringen, die in Übereinstimmung mit strategischen Perspektiven zur Stärkung der Partei und der Widerstandskräfte gegen den Imperialismus beitragen.“

Begründung:

Neben der Beschreibung und Erläuterung des strategischen Ziels der Wende ist eine Einordnung bezüglich des Zeithorizonts notwendig. Ohne dem laufen wir Gefahr, eine falsche Analyse der gesellschaftlichen Situation und unserer Lage darin anzufertigen. Dies wiederum begünstigt eine unzulängliche bis realitätsferne Aufgabenbestimmung für die kommende Zeit. Wir meinen, dass die Wende auf absehbare Zeit nicht erreichbar sein wird und ausgehend von dieser Einschätzung auch unsere unmittelbaren Zielstellungen formuliert werden müssen.

Die zu ersetzenden Textstellen leisten dies gerade nicht. Sie bewegen sich auf einem abstrakten Niveau, dem es auch an Inbezugnahme zur gesellschaftlichen Realität fehlt. Die Wende als strategisches Ziel wird im Text bereits ausreichend und sogar präziser charakterisiert. Ebenfalls mutet der „Seitenhieb“ gegen die opportunistischen Kräfte merkwürdig an, da er sich überhaupt nicht aus dem Text ergibt, nichts erklärt und somit mehr oder minder reine Polemik ist. Unser Leitantrag sollte selbstbewusster formuliert sein und sich nicht reaktiv an Einwürfen abarbeiten.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Die AK ist der Auffassung, dass der Entwurf des Leitantrags an vielen Stellen die politischen und kräftemäßigen Voraussetzungen für die Bedingungen des Stopps der Offensive des Großkapitals richtig benennt und dass der Kampf für eine Wende keine Frage einer fernen Zukunft ist, sondern im Hier und Heute beginnt. Durch die weiteren Präzisierungen kann es nach Meinung der AK weder Illusionen über das Tempo noch Grund für eine defätistische Annahme für eine in sehr weiter Ferne liegenden Veränderung geben.

Die innere Logik der Argumentation der Antragsteller ist auch insofern in sich unstimmgig, als diese ja in einem vorherigen Antrag die Wende sogar gleichsetzen mit der sozial-liberalen Phase der Bonner Regierungspolitik unter der Schmidt-Genscher-Regierung.

Im Übrigen ist die AK nicht der Ansicht, dass es dem Leitantrag an Selbstbewusstsein mangle und dass er sich zu sehr reaktiv an anderen Entwürfen abarbeite.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

2438
2439
2440
2441
2442
2443
2444
2445
2446
2447
2448
2449
2450
2451
2452
2453
2454
2455
2456
2457
2458
2459
2460
2461
2462
2463
2464
2465
2466
2467
2468
2469
2470
2471
2472
2473
2474
2475
2476
2477
2478
2479
2480
2481
2482
2483
2484
2485
2486
2487
2488
2489
2490
2491
2492
2493
2494
2495

2496
2497
2498
2499
2500
2501
2502
2503
2504
2505
2506
2507
2508
2509
2510
2511
2512
2513
2514
2515
2516
2517
2518
2519
2520
2521
2522
2523
2524
2525
2526
2527
2528
2529
2530
2531
2532
2533
2534
2535
2536
2537
2538
2539
2540
2541
2542
2543
2544
2545
2546
2547
2548
2549
2550
2551
2552
2553

Antrag Nr. LA243

Antragsteller: Kreis Tübingen

Zeilen: 846–852

Antragstext:

„Diese Wende ist [...] zurückkehren könnte.“ (LW 25, S. 371)“ ändern in „Diese Wende ist die Voraussetzung dafür, dass sich in einer späteren Phase verschärfter Klassenkämpfe ein Kräfteverhältnis entwickeln kann welches die Arbeiterklasse zur Lösung der Machtfrage befähigt. Um die Machtfrage im entscheidenden Augenblick stellen zu können muss der Aufbau neuer proletarischer Machtorgane bereits unter der Herrschaft des Kapitals weit fortgeschritten sein. Die Kommunistische Partei, als Avantgarde der Arbeiterklasse, muss es verstehen die Hauptkräfte der Revolution durch Flut und Ebbe der Kämpfe geschickt zu führen und die Reserven der Revolution klug auszunutzen.“

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Die vorgeschlagenen Streichungen beziehen sich auf wesentliche revolutionstheoretische Erfahrungen und Lehren des Leninismus, die zum Verständnis der antimonopolistischen Strategie der DKP unerlässlich sind.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA244

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

Zeilen 846–848

Antragstext:

Neu fassen wie folgt: Diese Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt ist die Voraussetzung dafür, in einer längeren Phase verschärfter ökonomischer und politischer Kämpfe das Kräfteverhältnis zu verändern, um eine Kampfetappe zu erreichen, die... „

Begründung:

4. Zum isolierten Begriff „Wende“: s. o.

5. Außerdem ist dies der Versuch, die mehrfach geschachtelte Kausalkette wenigstens etwas zu bündeln.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Ist eine Wiederholung bereits mehrfach formulierter Erklärungen.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA245

Antragsteller: Kreis Tübingen

Zeilen: 854–864

Antragstext:

Es geht also [...] nicht entschieden sind.“ ändern in: „In der Phase der Heranführung an den revolutionären Bruch mit der Herrschaft des Kapitals, verfügt noch immer das Kapital über die Produktionsmittel, ist der Staat noch ideeller Gesamtkapitalist. Eine mögliche Phase der

Doppelherrschaft, ist kein eigenständiges gesellschaftliches Stadium, sie drängt mit aller Kraft nach der Lösung der Machtfrage und kann nicht lange Bestand haben. Wie fortgeschritten die Schlachten um die politische und ökonomische Macht auch sein mögen, zwischen der Diktatur des Kapitals und der Diktatur des Proletariats gibt es keinen Mittelweg.“

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Der Verweis auf die Phase der „Doppelherrschaft“ von März – Oktober 1917 erscheint an dieser Stelle unangemessen. Die damalige Etappe entsprach den spezifischen russischen Erfahrungen, durchlief außerdem ganz verschiedenen Phasen und ist ein Einzelfall der Geschichte. Der Leitantrag kann hier nur grundlegende Annahmen für die Strategie des Herankommens an die sozialistische Revolution machen und keine detaillierten Modelle vorlegen. Über die Herausbildung revolutionärer Machtorgane äußert sich der Leitantrag bereits in der Definition der Merkmale des Sozialismus in den Zeilen 677 ff.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA246

Antragsteller: Gruppe Münster

Zeilen: 867–1093

Antragstext:

Zum Layout:

Die fettgedruckten Stellen im Abschnitt B III. „Unsere Kampfziele und Kampffelder“ sollen rausgenommen werden.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Weiterleitung als Arbeitsmaterial an den Layouter

Begründung:

Die AK hält dies für eine Frage der Abschlussredaktion

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA247

Antragsteller: MV Kiel

Zeilen: 867–1093

Antragstext:

Abschnitt III (Zeile 867–1093) grafisch überarbeiten:

Fett Hervorhebung von Zeilen der einzelnen Unterpunkte sollen ganze Forderungen, Thesen umfassen, nicht nur einzelne – teilweise aussageleere – Satzanfänge. Mehr positive Aussagen hervorheben:

In 1.) Zeile 878 Fett: „Strategisches Ziel“; „Offensive des Imperialismus zu bremsen und zu stoppen“; Zeile 879 Fett „Politik des Friedens und der Abrüstung“; „demokratischem und sozialem Fortschritt“

In 2.) Zeile 895 „In und mit der Friedensbewegung“ bleibt Fett; Zeile 897–898 Fett: „die Kräfte zu sammeln, die in der Lage sind reale Abrüstung durchzusetzen“

- 2612 In 3.) Zeile 912 „Anstelle von Sanktionen“ bleibt Fett; Zeile 913–914 Fett: „Beziehungen der
2613 gleichberechtigten Kooperation zur Lösung globaler und sozialer Probleme“
2614
- 2615 In 4.) Zeile 928 „Wir Kommunistinnen und Kommunisten“ bleibt Fett; Zeile 928–929 Fett: „wir-
2616 ken vor allem anderen für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse“
2617
- 2618 In 5.) Zeile 953 „Bestandteil der Wende“ bleibt Fett; Zeile 953–954 Fett: „zu sozialem Fortschritt
2619 ist die Durchsetzung realer Lohn- und Gehaltserhöhungen“
2620
- 2621 Zeile 958–959 Fett: „Kampf um die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalaus-
2622 gleich“
2623
- 2624 Zeile 966–967 Fett: „Wiederherstellung des Normalarbeitsverhältnisses und den Kampf gegen
2625 Prekarisierung“
2626
- 2627 Zeile 973–974 Fett: „Kampf gegen die Tariffucht von Unternehmen“ und „Allgemeinverbind-
2628 lichkeit von Tarifverträgen für ganze Branchen“
2629
- 2630 Zeile 976 Fett: „mehr demokratische Rechte in Betrieb und Wirtschaft“
2631
- 2632 Zeile 983–985 Fett: „Wiederherstellung der Rechte von Erwerbslosen“ und „Verankerung des
2633 Rechts auf Arbeit im Grundgesetz“
2634
- 2635 In 6.) Zeile 987 Fett: „Der weitere Abbau der Demokratie muss verhindert werden“
2636
- 2637 In 7.) Zeile 1025 Fett: „Demokratische Einflussnahme und Kontrolle“
2638
- 2639 In 8.) Zeile 1043–1044 Fett: „Krisenlasten und Kapitalverwertungsschwierigkeiten dürfen nicht
2640 länger auf Städte und Gemeinden abgewälzt werden“
2641
- 2642 In 9.) Zeile 1062 Fett nur die Begriffe „Gesundheitswesen“, „Bildung“ und „Altersversorge“,
2643 Zeile 1064–1065 Fett: „wieder zu staatlichen und öffentlich kontrollierten Pflichtaufgaben“
2644
- 2645 In 10.) Zeile 1076–1077 Fett: „Zur Sicherung der Lebensgrundlagen sind wirksame Konzepte
2646 zu Umwelt- und Klimapolitik notwendig“
2647

2648 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

2649 Weiterleitung als Arbeitsmaterial an den Layouter
2650

2651 **Begründung:**

2652 Es geht um eine Empfehlung zum Layout. Die AK hält dies für eine Frage der Abschlussredak-
2653 tion.
2654

2655 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**
2656
2657
2658

2659 **Antrag Nr.248**

2660 **Antragsteller: GO Stuttgart Nord**

2661 **Zeilen: 867–1118**

2662 **Antragstext:**
2663

2664 Abschnitte III. und IV.

2665 Der 22. Parteitag möge beschließen: der gesamte Abschnitt wird neu strukturiert und formu-
2666 liert. Hierzu einige Gedanken und Hinweise:

- 2667 • Strategisches Ziel ist es, die Offensive des Imperialismus... (Zeile 878)

2668 Das ist falsch, unser Strategisches Ziel ist die Erkämpfung des Sozialismus. Der erste Schritt
2669

dahin ist die Offensive des Imperialismus zu bremsen. Um das zu erreichen ist eine starke, in der Arbeiterklasse verankerte, kommunistische Partei notwendig. Deshalb gehört der Abschnitt IV Stärkung der DKP (S 22) an diese Stelle und sollte nicht am Ende des Leitantrags noch angehängt werden. Eine weitere Voraussetzung zur Erreichung dieses Ziels ist der Punkt 4 (S 19) Aktionseinheit. Beides sind Fragen der Taktik um unser strategisches Ziel zu erreichen. Die weiteren kurzfristigen Forderungen auf dem Weg dahin können dann folgen allerdings muss das Rad nicht immer neu erfunden werden, wir haben ein Sofortprogramm, darauf könnte verwiesen werden.

Im Punkt 2 In und mit der Friedensbewegung

Es geht uns nicht nur um den Abzug aller Atomwaffen, sondern wir sollten die Forderung formulieren für ein Verbot aller Atomwaffen weltweit

- Zeile 936 Wir wirken... streichen bis Zeile 939 einschließlich
- Zeile 953 ersetzen durch: Schritte zu sozialem Fortschritt sind die Durchsetzung realer...
- Zeile 964: Bitte beachten, es sollten nicht in jedem Dokument anderslautende Forderungen erhoben werden. (z. B. Rente im Sofortprogramm 53% im Leitantrag 70%)
- Zeile 966 ersetzen durch: die Wiederherstellung der unbefristeten Vollzeitbeschäftigung als Normalarbeitsverhältnis...
- Zeile 969 streichen ... zunächst die Einschränkung und schließlich ...
- Zeile 970 ergänzen: Sozialversicherungspflicht von Minijobs, Verbot von „Null-Stunden-Verträgen“
- Zeile 984 streichen ... langfristig ...
- Zeile 1054 neu: Privatisierung öffentlichen Eigentums. Wir treten ein für die Rekommunalisierung sämtlicher Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung der Gesamtbewertung von Kapitel III.

Annahme der folgenden Änderungsvorschläge:

- Zeile 902: ... Abzug aller Atomwaffen und Drohnen aus Deutschland und ganz Europa ...
- Zeile 966 ersetzen durch: die Wiederherstellung der unbefristeten Vollzeitbeschäftigung als Normalarbeitsverhältnis...
- Zeile 969: Annahme
- Zeile 1054 neu: ... Privatisierung öffentlichen Eigentums. Wir treten ein für die Rekommunalisierung sämtlicher Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge.

Begründung:

Zum Vorspann und zu Abschnitt III.1.

Die AK ist der Ansicht, dass die Antragsteller den „Epoche“-Begriff („Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus“) verwechseln mit dem Begriff der strategischen „Etappe(n)“ und deshalb eine falsche Zuordnung der unterschiedlichen Etappenschritte und auch unterschiedlichen „Phasen“ im revolutionären Gesamtprozess der Heranführung der Klassenkämpfe bis hin zur sozialistischen Revolution vornehmen. Sie missverstehen damit das Kapitel III, in dem es um die aktuellen Aufgaben geht, die den Inhalt der „Wende“ in den verschiedenen Kampffeldern ausmachen.

Die Forderungen für die Wende können, ja müssen teilweise auch über die Forderungen des „Sofortprogramms“ – so z. B. in der Rentenfrage mit der Forderung nach Wiederherstellung des Rentenniveaus auf 70 Prozent – hinausgehen.

Innerhalb der antimonopolistischen Strategie ist z. B. auch die Aktionseinheit der Arbeiterklasse keine „Taktik“, wie sie irrtümlich annehmen, sondern ein zentrales Kettenglied der Gesamtstrategie über alle Schritte und Phasen der Gesamtentwicklung.

2728
2729
2730
2731
2732
2733
2734
2735
2736
2737
2738
2739
2740
2741
2742
2743
2744
2745
2746
2747
2748
2749
2750
2751
2752
2753
2754
2755
2756
2757
2758
2759
2760
2761
2762
2763
2764
2765
2766
2767
2768
2769
2770
2771
2772
2773
2774
2775
2776
2777
2778
2779
2780
2781
2782
2783
2784
2785

Die Stärkung der DKP ist angesichts des derzeitigen Widerspruchs zwischen historischer Aufgabe und eklatanter Schwäche ebenfalls keine taktische Frage, sondern die Grundvoraussetzung für alle taktisch-strategischen Überlegungen. Es ist also das Alpha und Omega der gesamten Epoche des Kampfes für den Sozialismus und hört danach keinesfalls auf diese zentrale Rolle zu besitzen.

- Zeile 902:
Generelle Zustimmung zur Forderung der Liquidation aller Atomwaffen. Aber hier wäre im Kontext der Wende der Abzug aller US Atomwaffen ein erster Durchbruch.
- Die AK hält aber die Ausweitung des Abzuges aller Atomwaffen der USA aus ganz Europa für eine notwendige Ergänzung.
- Zeilen 936 und 953
- Ablehnung. Kein Änderungsbedarf erkennbar.
- Zeile 966
- Ablehnung: Die Wiederherstellung des Normalarbeitsverhältnisses ist nicht identisch mit „nichtbefristeter Vollzeitbeschäftigung.“
- Zeile 970: Ablehnung: Die Minijobs müssen abgeschafft werden.
- Zeile 984
- Ablehnung: die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit ist keine Sofortforderung und auch keine mittelfristige, weil sie die weitgehende Kontrolle über die Produktions- und Arbeitsbedingungen voraussetzt. Es geht aber hier um die naheliegenderen Forderungen für eine „Wende“

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA249

Antragsteller: WG Hamburg-Bergedorf

Zeilen: 878–882

Antragstext:

Zeilen 878 bis 882 streichen, dafür einfügen

50184. Strategisches Ziel ist die Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus. Der erste Schritt dahin ist es, die Offensive des Imperialismus zu bremsen und zu stoppen und zu einer Politik des Friedens und der Abrüstung, zu demokratischem und sozialem Fortschritt zu kommen.

Dazu müssen alle Menschen, die von der aggressiven Außenpolitik und der repressiven Innenpolitik der herrschenden monopolkapitalistischen Kräfte betroffen sind, zusammengeführt werden. Diese Betroffenheit geht weit über die Arbeiterklasse hinaus. Dazu gehört auch ein großer Teil der Mittelschichten, die einen wesentlichen Teil der Massenbasis des herrschenden monopolkapitalistischen Systems bilden. Diese Menschen haben Kritik an vielem, was auch die Arbeiterklasse bedrückt. Für sie besteht aber kein Zusammenhang mit dem herrschenden System. Für die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland ist es von hervorragender Bedeutung, diese Menschen aus ihrer Bindung an das herrschende System herauszulösen und damit das Kräfteverhältnis zwischen den Hauptklassen – Arbeit und Kapital – zugunsten der Arbeiterklasse zu verändern.

Wenn wir möglichst viele Menschen unterschiedlicher gesellschaftlicher Zuordnung im Kampf gegen die imperialistische Politik und deren Konsequenzen auf den verschiedenen gesellschaftlichen Feldern zusammenführen wollen, so bedeutet das nicht, die Illusion eines reform- und friedensfähigen Kapitalismus zu haben. ...

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Die AK ist der Ansicht, dass die Antragsteller den Begriff „Strategie“ in Zeile 869 („1. Strategisches Ziel ist es, ...“) an dieser Stelle mit einem Missverständnis in der Bestimmung der „Etappe“ in der wir uns gegenwärtig befinden und für die wir diesen Leitantrag erarbeiten, verwendet haben.	2786
Sie bestimmen den Begriff „Strategie“ bzw. „strategisches Ziel“ an dieser Stelle in Bezug auf den historischen „Epoche“-Begriff („Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus“).	2787
Sie verwechseln damit den Begriff „Epoche“ mit dem Begriff der strategischen „Etappe“, in der wir uns derzeit befinden: Das ist die Erkämpfung der „Wende“.	2788
Sie kommen deshalb leider zu einer falschen Bestimmung der gegenwärtigen Aufgaben, die natürlich nicht in Widerspruch zum Charakter der ganzen Epoche stehen und auch nicht stehen dürfen.	2789
	2790
Sie missverstehen aber leider damit das Kapitel III, in dem es um die Aufgaben geht, die den Inhalt der „Wende“ in den verschiedenen Kampffeldern ausmachen.	2791
Wir sind uns mit den Antragstellern einig in der strategischen Bedeutung der Mittelschichten für den Kampf aller Werktätigen gegen das Groß- und Monopolkapital. Die von den Antragstellern benutzte Formulierung: „Für sie besteht aber kein Zusammenhang mit dem herrschenden System. Für die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland ist es von hervorragender Bedeutung, diese Menschen aus ihrer Bindung an das herrschende System herauszulösen...“ erscheint uns allerdings in sich widersprüchlich und nicht zutreffend.	2792
	2793
	2794
	2795
	2796
	2797
	2798
	2799
	2800
	2801
	2802
	2803
	2804
	2805
	2806
	2807
Die in der Regel höher qualifizierten berufstätigen Angehörigen der Mittelschichten haben trotz aller im Leitantrag dargestellten Annäherungsprozesse an die Arbeiterklasse doch im Durchschnitt höhere Einkommen und erreichen einen Lebensstandard, der auch objektiv eine stärkere materielle Bindung an das kapitalistische System bewirkt (siehe Zeilen 433 bis 437).	2808
	2809
	2810
	2811
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	2812
	2813
	2814
	2815
Antrag Nr. LA250	2816
Antragsteller: GO Stuttgart Nord	2817
Zeilen: 878–880	2818
Antragstext:	2819
	2820
Ersetzen durch: Der nächste Schritt auf dem Weg zu unserem strategischen Ziel, dem Sozialismus, ist die Offensive des Imperialismus zu bremsen. Um das zu erreichen ist eine starke, in der Arbeiterklasse verankerte, kommunistische Partei notwendig.	2821
	2822
	2823
	2824
Begründung:	2825
Stellt die Zusammenhänge genauer dar.	2826
	2827
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	2828
Ablehnung	2829
	2830
Begründung:	2831
Die AK hält die Formulierung des Leitantrages bereits für präzise, da dort von dem Ziel die Rede ist, das darin besteht, die Offensive des Kapitals zu stoppen. Um die dahinterstehende Logik noch etwas zu verdeutlichen, das folgende Bildnis: Um einen fahrenden Zug zu stoppen, muss man ihn bremsen. Das Ziel ist der Stopp des Zuges, das Mittel dazu ist die Betätigung der Bremse.	2832
	2833
	2834
	2835
	2836
	2837
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	2838
	2839
	2840
	2841
	2842
	2843

2844
2845
2846
2847
2848
2849
2850
2851
2852
2853
2854
2855
2856
2857
2858
2859
2860
2861
2862
2863
2864
2865
2866
2867
2868
2869
2870
2871
2872
2873
2874
2875
2876
2877
2878
2879
2880
2881
2882
2883
2884
2885
2886
2887
2888
2889
2890
2891
2892
2893
2894
2895
2896
2897
2898
2899
2900
2901

Antrag Nr. LA251

Antragsteller: Kreis Tübingen

Zeilen: 878–880

Antragstext:

„1. Strategisches Ziel [...] Fortschritt zu kommen.“ ändern in: „1. Strategisches Ziel ist die Überwindung des Imperialismus und der Aufbau des Sozialismus. Dafür orientieren wir zunächst auf die Organisierung der Arbeiterklasse zur erfolgreichen Abwehr der Offensive des Kapitals. In diesen Abwehrkämpfen befördern wir die Entwicklung von Klassenbewusstsein und -organisation. Schon jetzt orientieren wir weitergehend auf Kämpfe um progressive Reformen die in der Lage sind das Monopolkapital zu isolieren und an die Machtfrage heranzuführen. Dafür formulieren wir Forderungen die den Warencharakter von Gebrauchswerten angreifen, die in ihrer Tendenz über den Kapitalismus hinausweisen und die der Arbeiterklasse Spielräume im Klassenkampf verschaffen. Zur Überwindung der Herrschaft des Kapitals muss die Arbeiterklasse schließlich in der Lage sein die politische Macht an sich zu reißen, den bürgerlichen Staat zu zerschlagen und durch proletarische Machtorgane zu ersetzen, sowie die entscheidenden Produktionsmittel unter ihre Kontrolle bringen.“

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA248 und seiner Begründung:.

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA252

Antragsteller: Gruppe Münster

Zeilen: 880

Antragstext:

Ergänzung in Zeile 880: „und sozialem und ökologischen Fortschritt zu kommen.“

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Überweisung als Arbeitsmaterial an den Parteivorstand

Begründung:

Inhaltlich würden wir damit die strategische Gesamtorientierung substantiell verändern und die Frage der Ökologie ganz bedeutend aufwerten.

Wir tun das bereits dadurch ein Stück, dass wir einen Extraabschnitt von der Umweltkommission angefordert und als eigenen Punkt 11 ergänzt haben, um damit auf den Antrag aus Dortmund Nord zu reagieren.

Die Annahme des Antrags von Münster würde dann die Wende sehr stark in Richtung Ökologie umdefinieren.

Das ist aber doch eine recht weitgehende strategische Empfehlung, die im PV noch nicht diskutiert wurde. Es wäre ein sehr starker Einschnitt, ein neues Kapitel in der Entwicklung der Strategie.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA253

Antragsteller: Kreis Tübingen

Zeilen: 882

Antragstext:

„Das“ ändern in: „Hier und heute die Abwehr der Offensive des Kapitals in den Fokus unserer Kämpfe zu setzen“

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA254

Antragsteller: LMV Berlin

Zeilen 883–885:

Antragstext:

Der Satz „Es heißt zunächst einmal „nur“ für die Beendigung von Kriegen und die Verminderung der Gefahr des Abrutschens der Menschheit in immer mehr Kriege und Katastrophen zu kämpfen.“

soll geändert werden in:

„Es heißt konkret, für die Beendigung aktueller Kriege zu kämpfen und gegen die Gefahr eines die gesamte Menschheit bedrohenden Krieges, ausgelöst durch die NATO-Konfrontation gegen Russland und China und mit der Gefahr des Einsatzes von Atomwaffen.“

Begründung:

Der Begriff des Abrutschens ist für das Entstehen imperialistischer Kriege nicht angebracht. Er impliziert, dass es keinen Verantwortlichen gibt, sondern nur einen ‚mechanischen‘ Vorgang, „immer mehr Kriege und Katastrophen“ ist angesichts der aktuellen Lage viel zu allgemein, Katastrophen (welche?) werden hier mit der Kriegsgefahr gleichgesetzt.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA255

Antragsteller: BMV Nordbayern

Zeilen 890–892:

Antragstext:

Ursprünglicher Text: ... in denen wir als Kommunistische Partei den Zusammenhang zwischen Kapitalismus-Militarismus-Kriegsgefahren vermitteln müssen.

NEU: ... in denen wir als Kommunistische Partei den Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Militarismus und Kriegsgefahren vermitteln müssen.

Begründung:

Stil und Lesbarkeit

2902
2903
2904
2905
2906
2907
2908
2909
2910
2911
2912
2913
2914
2915
2916
2917
2918
2919
2920
2921
2922
2923
2924
2925
2926
2927
2928
2929
2930
2931
2932
2933
2934
2935
2936
2937
2938
2939
2940
2941
2942
2943
2944
2945
2946
2947
2948
2949
2950
2951
2952
2953
2954
2955
2956
2957
2958
2959

2960
2961
2962
2963
2964
2965
2966
2967
2968
2969
2970
2971
2972
2973
2974
2975
2976
2977
2978
2979
2980
2981
2982
2983
2984
2985
2986
2987
2988
2989
2990
2991
2992
2993
2994
2995
2996
2997
2998
2999
3000
3001
3002
3003
3004
3005
3006
3007
3008
3009
3010
3011
3012
3013
3014
3015
3016
3017

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme in Verbindung mit LA256 in folgender Form:

..., in denen wir als Kommunistische Partei den Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Militarismus und Krieg vermitteln müssen.

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA256

Antragsteller: Gruppe Münster

Zeilen: 892

Antragstext:

Änderung in Zeile 892: „Krieg“ statt Kriegsgefahren

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme in Verbindung mit LA255

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA257

Antragsteller: KMV Regensburg

Zeilen 892–893:

Antragstext:

Streichen: „Wenn das nicht gelingt, sind ... illusorisch.“

Begründung:

Unklar, auf was sich das Wort „das“ bezieht. Auf die Bewegungen? Auf die Vermittlung des Zusammenhangs zwischen Kapitalismus-Militarismus-Kriegsgefahr? So oder so wirkt es orakelhaft: Als würden sich alle anderen Kämpfe nicht lohnen.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme in abgewandelter Form wie folgt:

Wenn es nicht gelingt einen atomaren Krieg zu verhindern und die weitere Unterjochung und Zerstörung ganzer Staaten durch den Imperialismus zu stoppen, sind alle Vorstellungen von weitegehenden sozialen und politischen Veränderungen illusorisch.

Begründung:

Mit dieser Klarstellung wird die von den Antragstellern gerügte Vagheit in diesen Zeilen korrigiert.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA258

Antragsteller: Gruppe Frankfurt Nordost

Zeilen: 895–910

Antragstext:

Es wird beantragt, die Zeilen 895–910 wie folgt neuzufassen:

Die DKP unterstützt alle Anstrengungen, die darauf gerichtet sind, dem Ziel einer weltweiten Abrüstung näherzukommen. Insbesondere tritt sie für das Verbot der Massenvernichtungswaffen ein. Aktuell gilt es, die neue Aufrüstungsrunde – 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts! – abzuwehren: Die Bundesrepublik wird von niemandem bedroht, und die Euro-Milliarden werden zur Behebung gesellschaftlicher Notstände dringend gebraucht. Schulen und Hochschulen benötigen vieles, aber sicher keine Werbung für die Bundeswehr. Der Widerstand gegen den imperialistischen Krieg gehört seit jeher zur Kernaufgabe jeder kommunistischen Politik. Wir wenden uns gegen Kriegshetze jeglicher Art. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind zu beenden und Rüstungsexporte zu unterbinden. Die DKP orientiert auf einen Rückzug und Austritt der Bundesrepublik aus der NATO einschließlich des Abzugs aller Atomwaffen und anderer aggressiver Arsenale; sie verlangt die Kündigung von Stationierungsabkommen über ausländische Streitkräfte in Deutschland. Sie verbindet dies mit der Überzeugung, dass an die Stelle der überkommenen Militärallianzen ein umfassendes und kollektives Sicherheitssystem treten muss.

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Friedensordnung wird sein, sowohl das Vorrücken der NATO an die Grenzen der Russischen Föderation als auch den Ausbau der EU zur Militärmacht zu stoppen.

Begründung:

In dieser wichtigen Frage wurde als konkrete kurzfristige Orientierung der Kampf gegen die 2% des Bruttoinlandsprodukts, das die NATO von Deutschland verlangt, benannt.

Ferner wurde die notwendige Forderung nach Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus Deutschland ergänzt: Ohne sie wäre der Austritt aus der NATO nur ein halber, da es sich bei den ausländischen Streitkräften in Deutschland ausschließlich um NATO-Streitkräfte handelt, die in Deutschland ohne Kontrolle von Regierung oder Parlament agieren können.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme folgender Passagen und deren Einfügung an die Stelle der bisherigen Zeilen 900/903 in Kombination mit LA259 und Teilen von LA260 sowie LA261.

In und mit der Friedensbewegung stehen wir aktuell vor der Herausforderung, Widerstand gegen die aktuellen Planungen zur Anhebung der Militärausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu organisieren und in diesen Abwehrkämpfen die Kräfte zu sammeln, die in der Lage sind reale Abrüstung durchzusetzen.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind zu beenden und alle Rüstungsexporte zu unterbinden. Die DKP fordert Rückzug und Austritt der Bundesrepublik aus der NATO einschließlich des Abzugs aller Atomwaffen, Militärdrohnen und anderer aggressiver Arsenale. Sie verlangt die Kündigung von Stationierungsabkommen über ausländische Streitkräfte in Deutschland, die Schließung der US Kommandozentralen EUCOM und AFRICOM und das Ende der Militarisierung. Wir wehren uns ...“.

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

3018
3019
3020
3021
3022
3023
3024
3025
3026
3027
3028
3029
3030
3031
3032
3033
3034
3035
3036
3037
3038
3039
3040
3041
3042
3043
3044
3045
3046
3047
3048
3049
3050
3051
3052
3053
3054
3055
3056
3057
3058
3059
3060
3061
3062
3063
3064
3065
3066
3067
3068
3069
3070
3071
3072
3073
3074
3075

3076
3077
3078
3079
3080
3081
3082
3083
3084
3085
3086
3087
3088
3089
3090
3091
3092
3093
3094
3095
3096
3097
3098
3099
3100
3101
3102
3103
3104
3105
3106
3107
3108
3109
3110
3111
3112
3113
3114
3115
3116
3117
3118
3119
3120
3121
3122
3123
3124
3125
3126
3127
3128
3129
3130
3131
3132
3133

Antrag Nr. LA259

Antragsteller: BMV Nordbayern

Zeilen 895–898:

Antragstext:

Ursprünglicher Text: 2. In und mit der Friedensbewegung stehen wir aktuell vor der Herausforderung, die aktuelle Aufrüstungsrunde hin zu 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts abzuwehren und in diesen Abwehrkämpfen die Kräfte zu sammeln, die in der Lage sind reale Abrüstung durchzusetzen.

NEU: 2. In und mit der Friedensbewegung stehen wir aktuell vor der Herausforderung, Widerstand gegen die aktuelle Aufrüstungsrunde hin zu 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu organisieren und in diesen Abwehrkämpfen die Kräfte zu sammeln, die in der Lage sind reale Abrüstung durchzusetzen.

Begründung:

Wir müssen unsere Möglichkeiten realistisch einschätzen.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA258

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA260

Antragsteller: LMV Berlin

Zeilen 900–903:

Antragstext:

Der Satz: „Es geht uns um das Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, das Verbot von Rüstungsexporten und den Rückzug und den Austritt aus der NATO. Es geht uns um den Abzug aller Atomwaffen und Drohnen aus Deutschland und das Ende der Militarisierung.“ soll geändert werden in:

Es geht uns um das Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und das Verbot von Rüstungsexporten. Es geht uns um den vollständigen Abzug der US-Atomwaffen und die Schließung aller US- und NATO-Basen in Deutschland. Es geht uns um das Ende der Militarisierung und den Austritt Deutschlands aus der NATO.

Begründung:

Rückzug und Austritt werden folgerichtig nacheinander benannt, der Rückzug kann aber präzisiert werden durch die Forderung nach Schließung der US- und NATO-Basen. Den Abzug „aller Drohnen“ zu fordern macht wenig Sinn. Die Forderung der Friedensbewegung in Bezug auf Drohnen ist da präziser: Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr, Keine Drohnensteuerung des US-Militärs über Relaisstationen und Militärbasen in Deutschland. Beides ist in „Ende der Militarisierung“, „Abrüstung“ (Zeile 898) und der Forderung nach Schließung der Militärbasen enthalten.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA258

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA261

Antragsteller: WG Stuttgart – Bad Cannstatt

Zeile 901

Antragstext:

In Zeile 901 einfügen: Dazu gehört auch die Schließung der Kommandozentralen der US-Armee auf deutschem Boden.

Begründung:

Vom EUCOM in Stuttgart werden alle US-Atomraketen in Europa befehligt. Auch die US-Truppentransporte in Richtung russische Grenze wurden vom EUCOM aus koordiniert. Vom AFRICOM werden Todeslisten für den Einsatz von Kampfdrohnen in Afrika erstellt. Der derzeitige NATO-Oberbefehlshaber Scaparotti betonte beim Antrittsbesuch im Stuttgarter Rathaus die strategische Bedeutung Stuttgarts für das US-Militär. Es gebe weltweit keine Stadt, die in dieser Hinsicht wichtiger sei.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA258

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA262

Antragsteller: KMV Offenbach

Zeilen: 903

Antragstext:

Nach „das Ende der Militarisierung.“ einfügen: „Wir verlangen die Kündigung des Stationierungsabkommens über ausländische Streitkräfte in Deutschland.“

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA258

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA263

Antragsteller: Gruppe Frohnhausen/Holsterhausen

Zeilen: 915–917

Antragstext:

Von „Chinas ...“ bis „... fördern.“ streichen.

Begründung:

Im November berichtete die Presse, dass China im Zusammenhang mit dem Programm „Neue Seidenstraße“ seine Investitionen in osteuropäischen EU-Ländern erhöhen will und dazu auch den Bau einer Eisenbahn von Budapest über Belgrad nach Piräus finanzieren will – der Hafen von Piräus gehört einem chinesischen Unternehmen. China will damit sowohl den Waren- als auch den Kapitalexpert auf den Balkan stärken. Das Beispiel zeigt: Die „Neue Seidenstraße“ kann nicht nur „Entwicklung und Kooperation“ fördern, sondern auch ganz einfach die heftige Konkurrenz zwischen kapitalistischen Mächten um Anlagemöglichkeiten und Absatzmärkte. Der Antrag spricht von „Entwicklung und Kooperation zwischen Asien, Europa und Afrika“. Wie soll

3134
3135
3136
3137
3138
3139
3140
3141
3142
3143
3144
3145
3146
3147
3148
3149
3150
3151
3152
3153
3154
3155
3156
3157
3158
3159
3160
3161
3162
3163
3164
3165
3166
3167
3168
3169
3170
3171
3172
3173
3174
3175
3176
3177
3178
3179
3180
3181
3182
3183
3184
3185
3186
3187
3188
3189
3190
3191

3192 denn durch neue Infrastruktur die Kooperation mit einem Europa, in dem die imperialistische
3193 EU der wichtigste Machtblock ist, gefördert werden?

3194

3195

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

3196

Ablehnung

3197

3198

Begründung:

3199

Die AK ist der Auffassung, dass der Antragsteller den politischen Zusammenhang zu den vor-
3200 angehenden Zeilen unberücksichtigt lässt. Wo es heißt: „Anstelle von Sanktionen, militärischer
3201 Einkreisung und Stellvertreterkriegen fordern wir Beziehungen der gleichberechtigten Koope-
3202 ration zur Lösung globaler und sozialer Probleme aufzubauen. Frieden in Europa kann es nur
3203 zusammen mit der Russischen Föderation geben.“

3204

3205

Die AK bewertet Chinas Infrastrukturprojekt „One Belt One Road“ (Neue Seidenstraße) in die-
3206 sem Sinne als einen Beitrag und als eine Chance dafür, die Militarisierung der zwischenstaat-
3207 lichen Beziehungen und die politische Zuspitzung der geostrategisch so bedeutsamen und
3208 gefährlichen Konflikte im euroasiatischen Raum zurückzudrängen.

3209

3210

Wirtschaftsabkommen, die die Ungleichheit in der Welt vergrößern, indem sie die eigenstän-
3211 dige Entwicklung armer Länder zugunsten der reichen imperialistischen Zentren behindern,
3212 lehnen wir dagegen prinzipiell ab.

3213

3214

3215

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

3216

3217

3218

3219

Antrag Nr. LA264

3220

Antragsteller: Kreis Tübingen

3221

Zeilen: 915–917

3222

Antragstext:

3223

3224

Streichen: Chinas Infrastrukturprojekt [...] Afrika fördern.“

3225

3226

Begründung:

3227

Für die Argumentation des Leitantrags ist es unerheblich welche Länder und Parteien wir als
3228 sozialistisch, bzw. kommunistisch einschätzen. Im Leitantrag wird die Selbstbezeichnung der
3229 jeweiligen Parteien und Länder einfach unkritisch übernommen. Wenn wir die Begriffe sozi-
3230 alistisch und kommunistisch aber nicht der Beliebigkeit preisgeben wollen, sollten derartige
3231 Einschätzungen nicht durch eine Randbemerkung im Leitantrag geklärt werden, sondern auf
3232 Grundlage kollektiv diskutierter Kriterien.

3233

3234

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

3235

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA263

3236

3237

Begründung:

3238

3239

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag: